

A1 Wohnraumkiller-Killer

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: Bundespaerteitag SPD

Antragstext

1 In Deutschland ist Wohnraum knapp. Besonders in den Ballungszentren dieser
2 Republik. Perspektivisch ist keine Besserung in Sicht, im Gegenteil. In der
3 Folge steigen die Mieten immer weiter, finanzielle Haushalte werden aus der
4 Stadt gedrängt. Die Möglichkeit in Hamburg, München, Köln oder Berlin zu wohnen,
5 entwickelt sich immer weiter zum Luxusgut. Dieser Problematik wollen wir
6 entgegenwirken, indem wir bei den privilegiertesten dieser Gesellschaft
7 Ansätzen.

8 Deshalb fordern wir ein Verbot von Zweitwohnungen in Deutschland.

9 Dies es notwendig, da es keine Begrenzungen für die Anzahl von Nebenwohnungen
10 gibt, die einzige Limitierung ist der Geldbeutel. Ein Privileg auf Kosten der
11 Allgemeinheit. Außerdem öffnen Nebenwohnung Tür und Tor für Steuerbetrug, in
12 Zeiten angespannter Haushaltsslage auch aus finanzpolitischer Sicht
13 problematisch.

14 So kann nämlich umgangen werden, dass man die Wohnung erst nach 10 Jahren
15 steuerfrei verkaufen kann. Nun sind es nur drei Jahre.

16 Radikale Zeiten brauchen radikale Lösungen! Es ist an der Zeit.

Begründung

Nebenwirkungenwohnungen sind in Zeiten der Wohnungsknappheit ein unverschämtes Privileg der Reichen auf Kosten der Allgemeinheit. Auch sind sie ein Einfallstor für Steuerbetrug.

A2 “Grüne Dächer, coole Städte” - Dach und Fassadenbegründung in den Energieausweis integrieren

Antragsteller*in: Jusos Köln AK Klima und Umwelt, Jusos
Köln Mülheim

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: UBDK Köln, Jusos NRW, Jusos DE

Antragstext

1 Wir fordern deshalb eine verpflichtende Begründungsprüfung für Dächer und
2 Fassaden im Rahmen des Energieausweises für Immobilien. Diese Prüfung soll
3 sicherstellen, dass bei jeder Gebäudeinspektion auch geprüft wird, ob und wie
4 eine Begrünung von Dach und Fassade sinnvoll umgesetzt werden kann.

Begründung

Unsere Städte sind zunehmend von Starkregen und Hitzewellen betroffen. Während es bei Hitzewellen schnell zu einem extremen Raumklima kommt, können Starkregenereignisse die Kanalisation überlasten, was besonders problematisch wird, wenn keine rechtzeitige Vorbereitung möglich ist. Hier bietet Dach- und Fassadenbegrünung eine wichtige Lösung. In Städten wie Köln gibt es zwar bereits Anreize zur Begrünung, doch diese werden nur selten für bestehende Gebäude genutzt.

Begrünte Dächer und Fassaden wirken wie ein natürlicher Schwamm, der Regenwasser speichert und so die Kanalisation entlastet, besonders bei unvorhersehbaren Starkregenfällen. Gleichzeitig senken sie die Temperaturen und schaffen ein besseres Raumklima, was die Sommerhitze in den Gebäuden reduziert. Die „Schwammstadt“ ist das Zauberwort – eine Stadt, die wetterfest wird und in der es auch bei extremer Hitze oder Starkregen angenehm bleibt.

Wieso im Rahmen des Energieausweises? Der Energieausweis wird sowieso bei Immobilienkäufen und -verkäufen sowie bei größeren Renovierungen alle 10 Jahre ausgestellt und gibt Auskunft über die Energieeffizienz eines Gebäudes. Dabei wird die gesamte Gebäudehülle geprüft, inklusive Heizung, Dämmung und Fenster. Eine Begründungsprüfung passt hier perfekt, da sie ebenfalls einen positiven Einfluss auf das Gebäudeenergielklima hat. Begrünte Dächer und Fassaden können die Wärmedämmung verbessern und helfen, den Energieverbrauch zu senken – und zwar auf natürliche Weise. Diese Prüfung stellt sicher, dass auch die grünen Potenziale eines Gebäudes genutzt werden, um sowohl das Klima als auch die

Energiekosten zu schonen.

Let's green it up!

A3 Beförderungsstellen für MPT-Kräfte

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: NRW SPD

Antragstext

1 Mitarbeitende in multiprofessionellen Teams (MPT-Kräfte) leisten einen
2 unverzichtbaren Beitrag im Bildungssystem. Sie wirken im Rahmen von Erziehung,
3 Unterricht und Beratung an Schulen mit und entlasten Lehrkräfte sowie
4 Sonderpädagog*innen. Die Aufgaben der MPT-Kräfte sind im entsprechenden Erlass
5 jedoch sehr offen formuliert und gehen in der Praxis weit über den beschriebenen
6 Unterstützungsrahmen hinaus. Insbesondere in Schulen mit hoher Belastung
7 übernehmen sie faktisch Tätigkeiten, die einer Sonderpädagogik-Qualifikation
8 entsprechen, ohne dafür eine entsprechende Anerkennung oder Vergütung zu
9 erhalten. Dies ist besonders vor dem Hintergrund problematisch, dass es sich
10 hierbei um Personen mit hoher Qualifikation aus den Bereichen Sozialarbeit,
11 Heilpädagogik, Erziehung oder Diplom-Pädagogik handelt.

12 Deshalb fordern wir die Einführung von Beförderungsstellen für Mitarbeitende in
13 multiprofessionellen Teams (MPT-Kräfte) an Schulen, um ihre Verantwortung,
14 Fachkompetenz und die tatsächliche Arbeitsrealität angemessen zu honorieren.

Begründung

Offizielle Berufsbeschreibungen und tatsächliche Arbeitsrealität liegen für MPT-Kräfte oft meilenweit auseinander. Besonders in Zeiten von fehlenden Förderschullehrkräften zur Umsetzung der Inklusion an Regelschulen werden ihre Aufgaben nicht weniger, im Gegenteil. Die Aufgaben wachsen, die Bezahlung stagniert, Beförderungen - welche der Arbeitsrealität Rechnung tragen - existieren nicht. Diese Ungerechtigkeit wollen wir nun angehen.

A4 Wiener Platz 2.0: Jetzt auch mit Lebensqualität

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: SPD Köln Parteitag, Kommunalwahlprogramm SPD
Köln

Antragstext

Der Wiener Platz in Köln-Mülheim ist ein zentraler Treffpunkt im Viertel und ein Knotenpunkt für das tägliche Leben. Doch sein derzeitiger Zustand wird den Ansprüchen an einen modernen, sicheren und einladenden öffentlichen Raum nicht gerecht. Die Aufenthaltsqualität ist gering, Grünflächen fehlen, und der Platz wird von vielen Bürger*innen als unübersichtlich und wenig einladend wahrgenommen. Angesichts der steigenden Bedeutung von sozialen, ökologischen und verkehrssicheren Stadtbereichen sehen wir eine dringende Notwendigkeit, den Wiener Platz neu zu gestalten.

Wir fordern die umfassende Neugestaltung des Wiener Platzes in Köln-Mülheim. Folgende Kriterien müssen zur Erhöhung der Aufenthalts- und Durchquerungsqualität berücksichtigt werden:

- Mehr Grünflächen
- Mehr Aufenthalts- und Sitzmöglichkeiten
- Ein nahegelegener Drogenkonsumraum, der den offenen Drogenkonsum am Wiener Platz an einen sicheren Ort verlagert
- Eine transparente und offene Gestaltung der U-Bahn-Haltestelle, um der Wahrnehmung als Angstraum entgegenzuwirken
- Sichere Möglichkeiten zur Überquerung des Clevischen Rings und der

19

Frankfurter Str.

20

- Separate Wegeführung für Fahrradfahrer*innen

21

- Genügend Raum, um weiterhin das Betreiben eines Wochenmarktes zu ermöglichen

23

- Ansiedlungsmöglichkeiten für Cafés und Restaurants

24

- Barrierefreiheit

Begründung

- Grünflächen und Sitzmöglichkeiten: Der Wiener Platz soll mehr Grünflächen und ausreichende Sitzmöglichkeiten erhalten, die zum Verweilen einladen und das Stadtbild beleben. Begrünte Bereiche fördern das Stadtklima, verbessern die Luftqualität und schaffen eine wohltuende Atmosphäre.
- Soziale Sicherheit und Entspannung statt Angstraum: Durch gezielte bauliche Maßnahmen und eine offene Gestaltung des Platzes wollen wir verhindern, dass der Wiener Platz als Angstraum wahrgenommen wird. Die Einbindung eines in der Nähe gelegenen Drogenkonsumraums in das Konzept sorgt für eine klare Trennung der Aufenthalts- und Konsumflächen und unterstützt so ein friedliches Miteinander.
- Verkehrsteilnehmer*innen sicher trennen: Wir setzen uns dafür ein, dass Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Autofahrer*innen sich auf dem Wiener Platz künftig nicht mehr kreuzen. Durch eine klare Trennung der Verkehrsteilnehmer*innen wird die Sicherheit erhöht und der Platz wird auch für Familien und ältere Menschen angenehmer und barrierefrei nutzbar.
- Marktplatz für alle: Der Wiener Platz soll weiterhin Märkte und Veranstaltungen beherbergen, um als lebendiger Treffpunkt für die Gemeinschaft zu dienen. Ein Marktplatz bietet den Bewohner*innen die Möglichkeit, regionale Produkte zu kaufen und stärkt das soziale Miteinander im Veedel. Dafür muss es genug Platz geben.

- Mehr Aufenthaltsqualität für mehr Lebensqualität: Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Wiener Platz wird den gesamten Stadtteil bereichern. Ein moderner, grüner und sicherer Wiener Platz trägt zur Lebensqualität bei und fördert ein gesundes, soziales und ökologisches Stadtleben.

A5 Schlagloch-Slalom in Köln-Mülheim

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: SPD-Köln

Antragstext

1 Wir fordern, dass die vorhandenen Fahrradwege in Köln-Mülheim, vor allem am
2 Knotenpunkt Bergischer Ring, schnellstmöglich verbessert werden. Der Zustand der
3 Wege ist eine echte Zumutung: überall Schlaglöcher und Risse, die das Radfahren
4 nicht nur ungemütlich, sondern auch gefährlich machen.

Begründung

Gerade jetzt, wo immer mehr Menschen aufs Rad umsteigen, brauchen wir sichere und gut gepflegte Fahrradwege. Am Bergischen Ring ist es momentan echt schwierig, mit dem Rad durchzukommen. Ein sicherer und gut ausgebauter Radweg würde nicht nur das Fahrradfahren attraktiver machen, sondern auch den Verkehr entlasten und etwas zur besseren Luftqualität beitragen. Sichere Radwege bedeuten eine höhere Lebensqualität für uns alle!

A7 Heute fährt die 18 endlich mal pünktlich - Studijobs bei der KVB ermöglichen

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die KVB ist in einem schlechten Zustand. Seit Jahren. Es reiht sich Notfahrplan
2 an Notfahrplan, es ist keine Besserung in Sicht. Die KVB verweist dabei
3 insbesondere auf ihren Personalmangel. Um diesem abzuhelpfen fordern die Jusos
4 Köln:

- 5 • Die KVB ist aufgefordert, eine Kurzausbildung für Studierende sowie
6 studentische Nebenjobs als Bus- / oder Stadtbahnfahrer*in anzubieten.
- 7 • Sie ist weiterhin aufgefordert, den Gehaltsforderungen der ver.di
8 nachzukommen, um wieder eine attraktive Arbeitgeberin zu werden.
- 9 • Die Mitglieder der KölnSPD sind aufgefordert, sich im Stadtrat sowie in
10 den Aufsichtsräten der Stadtwerke Köln und der KVB AG dafür einzusetzen.

Begründung

Die Einführung von Kurzausbildungen und studentischen Nebenjobs für Bus- und Stadtbahnfahrer*innen könnte der KVB nicht nur kurzfristig helfen, den Betrieb zu stabilisieren, sondern auch Studierende langfristig für eine Tätigkeit im ÖPNV gewinnen. Gerade in einer Stadt wie Köln, mit einer großen Anzahl Studierender, liegt hier enormes Potenzial.

Die Einführung von studentischen Nebenjobs als Bus- und Stadtbahnfahrer*innen ist eine vielerorts bewährte Maßnahme, um Personalengpässe im öffentlichen Nahverkehr schnell und effektiv zu lindern. Andere Städte haben bereits erfolgreich gezeigt, wie Studierende als flexible und engagierte Arbeitskräfte in den ÖPNV integriert werden können:

- **Nürnberg (VAG):** In insg. 30 Ausbildungstagen werden Studierende zu Bus- und Tramfahrer*innen ausgebildet. Der VCD (Verkehrsclub Deutschland) hält das für eine gute Maßnahme, insbesondere in der Sicherheit sieht er keine Bedenken.
- **München (MVG):** Die Münchner Verkehrsgesellschaft setzt auf gezielte Anwerbung von Studierenden und ermöglicht eine verkürzte Ausbildung für Nebenjobs als Fahrer*innen. Studierende profitieren von attraktiven Arbeitsbedingungen, und die MVG gewinnt nach eigenen Angaben zuverlässiges und motiviertes Personal, das oft über das Studium hinaus im Unternehmen bleibe.
- **Mannheim:** Hier werden Studierende schon seit den 90ern ausgebildet und sind nicht mehr wegzudenken.

Auch in Magdeburg, Dresden und anderen Städten werden Studierende erfolgreich als Fahrer*innen eingesetzt

Diese Beispiele zeigen, dass die Rekrutierung von Studierenden nicht nur eine kurzfristige Lösung für Personalprobleme darstellt, sondern auch ein Modell, um langfristig qualifizierte Mitarbeiter*innen zu gewinnen. Die KVB sollte sich an diesen Vorbildern orientieren, um ihren Betrieb und vor allem die wenigen verbliebenen Mitarbeitenden zu entlasten.

Darüber hinaus sind faire Gehälter ein entscheidender Faktor, um die Attraktivität der KVB als Arbeitgeberin zu steigern. Der öffentliche Verkehr ist essentiell für die Mobilitätswende, den Klimaschutz und eine funktionierende Stadtgesellschaft. Es ist nicht hinnehmbar, dass die KVB aufgrund von Personalengpässen die Erwartungen der Fahrgäste nicht erfüllen kann.

Quellen: [Nebenjob Tram-Fahrer, FAZ](#); [Studierende als Straßenbahnfahrer, ZDFheute](#), [Studieren und Chauffieren: Student*innen für die Trambahn gesucht | MVG](#)

A8 Rheinau statt Neubau - Kein Neubau der Rodenkirchener Autobahnbrücke

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

Ein Neubau der denkmalgeschützten Rodenkirchener Autobahnbrücke würde zu erheblichen Belastungen von Mensch und Natur führen. Er würde kurzfristig ein Verkehrschaos mit sich bringen und über den jahrelangen Bau hinweg Unmengen an Treibhausgasen und Lärm erzeugen. Langfristig würde er das Verkehrsaufkommen nur noch verstärken und damit die angrenzenden Verkehrswege, die anliegenden Bewohner*innen und Natur und das Klima belasten.

- Die Jusos Köln sprechen sich daher gegen einen Neubau und die geplante nördliche Verbreiterung der Rodenkirchener Autobahnbrücke aus. Sie fordern die KölnSPD auf, sich dieser Auffassung anzuschließen.
- Die Kölner Abgeordneten im Bundestag sind aufgefordert, sich für die Streichung der Rodenkirchener Brücke als vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan 2030 einzusetzen.
- Bei einer möglichen Instandsetzung muss die Brücke an Ort und Stelle erhalten bleiben. Dabei ist den Bedürfnissen des Rad- und Fußverkehrs und der KVB-Stadtbahn Rechnung zu tragen, der Autoverkehr muss dazu notfalls eingeschränkt werden.

Begründung

Ein Neubau und die damit einhergehende bauliche Erweiterung der Rodenkirchener Autobahnbrücke auf acht oder mehr Fahrstreifen ist aus verkehrspolitischen, umweltbezogenen finanziellen und planungstechnischen Gründen nicht zielführend:

- **Verkehrspolitik:** Eine Erweiterung ist nicht sinnvoll, da angrenzende Streckenabschnitte nicht ausgebaut werden und keine verkehrspolitische Notwendigkeit besteht. Die Notwendigkeit wird hauptsächlich aus einem steigenden Güterverkehr hergeleitet. Wir lehnen es jedoch ab, diesen auf der Straße zu fördern, er muss stattdessen auf die Schiene oder das Wasser verlagert werden.

Verkehrsplanungen in der Vergangenheit haben immer wieder gezeigt, dass mehr Spuren Straßen nicht langfristig entlasten, sondern mehr Verkehr anziehen.

- **Umwelt- und Klimaschutz:** Der Ausbau zerstört wichtige Grünflächen (u.a. das geschützte Gremberger Wäldchen), gefährdet die Trinkwasserversorgung und erhöht Schadstoff- und Lärmbelastungen. Der Plan widerspricht jeglichen Zielen der Mobilitätswende und den Anforderungen des Klimaschutzes.
- **Wirtschaftlichkeit:** Mit veranschlagten Kosten von ca. 700 Mio. Euro stellt das Projekt eine unverantwortliche Belastung der öffentlichen Haushalte dar. Das Verkehrsministerium rechnet in seinem Plan mit Zahlen aus 2012-2014, die Baukosten würden bereits heute deutlich höher ausfallen. Wie das ganze zu Baubeginn aussieht, lässt sich nur erahnen.
- **Veraltete Planungsgrundlagen:** Der Bau soll laut Autobahn GmbH frühestens 2034 beginnen. Jedoch soll zunächst die Rheinspange A553 in Wesseling umgesetzt werden. Realistisch ist also wohl eher ein Baubeginn gegen 2040. Das bedeutet nicht nur einen zu erwartenden weiteren Anstieg der Kosten, sondern stellt den Zweck des Ausbaus in Frage, schließlich werden die Autobahnen im Kölner Süden dann bereits durch die Rheinspange entlastet. In jedem Fall führt die Eröffnung der Rheinspange sowie der Abschluss der Arbeiten an der Leverkusener Brücke zu einer völlig veränderten Verkehrssituation, die dann einer neuen Beurteilung bedarf.

Das aktuelle vorantreiben eines Neubaus der Rodenkirchener Brücke ist vor diesem Hintergrund verantwortungslos und kaum nachvollziehbar.

Quelle: Bundesverkehrswegeplan 2030 ([Link](#))

A9 Bau(t) für Vielfalt: Alle Geschlechter, alle Perspektiven!

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Es wird gefordert, bei der Erbauung neuer öffentlicher Einrichtungen,
2 feministische Bauplanung zu
3 beachten. Dies umfasst die angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse aller
4 Geschlechter,
5 wobei insbesondere die spezifischen Anforderungen von Frauen sowie
6 marginalisierter und
7 diverser Gruppen aktiv einbezogen werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass
8 die Bedürfnisse
9 aller Geschlechter gleichwertig beachtet werden. Dies betrifft insbesondere
10 Bereiche wie
11 Umkleideräume, Sanitäreinrichtungen, Lagerräume sowie andere für die Nutzung
12 wesentliche
13 Räumlichkeiten.
14 Die Umsetzung erfolgt unter Einhaltung geltender Standards für Barrierefreiheit,
15 Nachhaltigkeit
16 und Inklusion.

Begründung

In vielen öffentlichen Einrichtungen werden die Bedürfnisse von Frauen, marginalisierten und diversen Gruppen in der Bauplanung häufig vernachlässigt, was zu Benachteiligungen und ungleichen Nutzungsmöglichkeiten führt. Feministische Bauplanung gewährleistet, dass alle Personen gleichermaßen in den Planungsprozess einbezogen werden.

Ein besonderer Fokus auf geschlechtergerechte Anforderungen, wie etwa die Bereitstellung ausreichend dimensionierter Umkleiden und sicherer Sanitäreinrichtungen, ist ein wichtiger Schritt, um Diskriminierung in öffentlichen Räumen zu verhindern. Zudem trägt die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten und Barrierefreiheit dazu bei, öffentliche Gebäude für alle Personen nutzbar und zugänglich zu machen. Nur durch solche Maßnahmen kann eine tatsächliche Gleichstellung in der Öffentlichkeit erreicht werden, die den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit entspricht.

A10 Köln im richtigen Licht: Umwelt, Menschen und Tiere vor Lichtverschmutzung schützen

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 **Wir fordern die Entwicklung eines städtischen Lichtschutzkonzept welche folgende**
2 **Maßnahmen zu einer effektiven Lichtreduzierung zur Vermeidung von Lichtschmutz**
3 **in Köln enthalten soll:**

4 1. Nutzung geringerer Lumen-Werte

5 2. Zielgerichtete Ausrichtung von Lichtquellen

6 3. Reduktion der Lichtfarbe

7 4. Beschränkte Leuchtdauer und Einbeziehung von Bewegungsmeldern

8 5. Beachtung einer angemessenen Höhe der Lichtquelle

9 Insbesondere ist es erforderlich diese Maßnahmen in naturnahen Räumen wie Parks
10 und Grünflächen reduzieren. Hierbei müssen jeweils die Interessen der
11 Bürger:innen an ihrer Sicherheit im öffentlichen Raum mit denen der Umwelt und
12 der Gesundheit abgewogen werden.

Begründung

Lichtschmutz macht unsere Welt durch künstliche Beleuchtung immer heller. 94 % der deutschen Bevölkerung lebt heute schon unter einem zu hellen Nachthimmel. Dies passiert insbesondere durch

eine ineffektive Bauplanung und Lichtanstrahlung, was einfach zu reduzieren ist.

Das veränderte Nachtbild beeinflusst nicht nur den menschlichen Tag-Nacht-Rhythmus, sondern auch den von Tieren. Die Tierwelt wird durch eine verhellte Nacht in ihrer Existenz bedroht, was sich negativ auf die bereits abnehmende Artenvielfalt auswirkt. So werden Tiere beispielsweise dazu verleitet, in den Schein von Straßenlaternen zu fliegen. Bei größeren Lichtquellen können Tiere sogar aus ihrem dunklen Habitat herausgelockt werden und sich der Lichtquelle annähern.

Die Auswirkungen auf die Tiere umfassen eine Desorientierung. Es ist evident, dass dies insbesondere Fressfeinde begünstigt und in der Folge zu einer Störung des natürlichen Gleichgewichts führt. Auch Pflanzen können durch eine ständige Beleuchtung in der Nacht in ihren natürlichen Zyklen gestört werden. Dieser Lichtschmutz tritt insbesondere in den Städten in Übermaßen auf, wie es in Köln der Fall ist.

Zur Verbesserung unserer Lebensqualität und Bewahrung der Umwelt ist es daher unabdingbar, Lichtverschmutzung in Köln zu reduzieren. In vielen Ländern wurde dieses Problem erkannt und Maßnahmen ergriffen, um die Lichtverschmutzung zu reduzieren. So wurden in Tschechien landesweite Maßnahmen erlassen und in Frankreich ist es seit 2013 Pflicht, Schaufenster und Fassaden nachts abzudunkeln. In Deutschland hingegen wurde dieses Problem noch nicht konkret weitreichend erkannt, obwohl es bereits einige Gesetze wie das BlmSchG gibt, die sich indirekt mit dem Thema befassen. Diese Gesetze sind jedoch nicht ausreichend um die Problematik zu lösen, da sie einen vielmehr den Mensch als die Umwelt im Vordergrund hat. Somit wird insbesondere nicht darauf geachtet, wie das Licht als Quelle effektiv zum Schutz des Menschen als auch der Tiere und der Pflanzen gleichzeitig verwendet werden kann.

Im Unterschied dazu wurde im Jahr 2020 der Eindruck erweckt, dass die Stadt Köln mit ihrem Lichtmasterplan Lösungen zur Reduzierung des Lichtschmutzes in der Stadt gefunden habe. Jedoch verfolgt dieser Lichtmasterplan nicht das Ziel, den Lichtschmutz in der Stadt zu reduzieren, sondern dient in erster Linie der Planung von Straßenbeleuchtungen im öffentlichen Raum zur Steigerung der Sicherheit der Bürger:innen. Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Plan nicht als verpflichtend zu betrachten ist, sondern lediglich als eine "Handlungsempfehlung für private Bauherren".

Die Vereinigung der Sternfreunde Köln hat in einem ausführlichen Schreiben deutliche Kritik an dieser unzureichenden Planung zur Reduzierung von Lichtverschmutzung geübt.

Auf eine diesbezügliche Anfrage wurde seitens der Stadt Köln lediglich darauf verwiesen, dass "sonderordnungsbehördliche Maßnahmen und rechtliche Vorgaben" den Lichtschmutz nicht reduzieren können

Auf eine Anfrage hierzu, betonte die Stadt Köln nur, dass „sonderordnungsbehördliche Maßnahmen und rechtliche Vorgaben“ den Lichtschmutz nicht reduzieren können. In anderen Worten: die Stadt Köln hat kein Interesse an einem verpflichtenden Plan zur Reduzierung des Lichtschmutzes in der Stadt. Dass es anders gehen kann, zeigen hingegen andere Städte wie Stuttgart. Diese hat nun ein Konzept vorgelegt, welches Lichtschmutz effektiv reduzieren soll. Dazu gehören Straßen im

Aussenbereich, die nach einer gebotenen Abwägung, als nicht beleuchtungserheblich bewertet wurden. Ausserdem wurden Überlegungen angestellt, wo mit Bewegungsmeldern im öffentlichen Raum gearbeitet werden kann. Ebenso enthält das Konzept Vorschläge für eine effektivere Beleuchtung von Sportplätzen, um die Lichtstrahlung zu beschränken.

Köln KANN also auch Konzepte und verbindliche Pläne erheben, welche den Lichtschmutz in der Stadt effektiv reduzieren kann. Nebenbei könnte ein solcher Plan noch dazu dienen, öffentliche Gelder einzusparen in Zukunft.

Weiterführende Links:

1. **Vereinigung der Sternfreunde Köln**, <https://www.volkssternwartekoeln.de/lobbyarbeit-und-presse/lichtverschmutzung/>.
2. **BUND-Kreisgruppe Köln**, <https://www.bund-koeln.de/service/meldungen/detail/news/earth-night-2024-neu-gegruendete-arbeitsgruppe-lichtverschmutzung-stuerzt-sich-ins-koelner-nachtleben/>.
3. **Express**, <https://www.express.de/nachhaltigkeit/in-koeln-ist-es-zu-hell-beleuchtung-hat-fatale-folgen-fuer-die-natur-109056>.

A11 Medikamente nicht in die Tonne!

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Medikamente werden wie fast alles in Deutschland teurer. Dazu steigen auch noch
2 die Zusatzbeiträge der Krankenkassen. Und trotzdem werden täglich unzählige
3 ungeöffnete Medikamenten Packungen weggeworfen. Trotz der hohen rechtlichen
4 Hürden zur Gewährleistung der Wirksamkeit von besonders überwachungsbedürftigen
5 Gütern, wie Medikamenten, muss hier eine bessere Lösung gefunden werden.

6 Deshalb fordern wir folgendes :

7 Jede Apotheke ist verpflichtet Medikamente zurückzunehmen.

8 Es muss eine Möglichkeit geschaffen, werden ungeöffnete Medikamentenpackungen
9 wiederzuverwenden.

Begründung

Jedes Jahr landen circa 10 bis 15 Prozent der verkauften Arzneimittel ungenutzt im Müll. Diesen finanziellen Verlust von rund 5 – 7 Milliarden Euro pro Jahr dürfen wir nicht hinnehmen. Abgesehen von dem finanziellen Verlust, könnten diese Medikamente anderen bedürftigen Menschen helfen oder gar Leben retten. Stattdessen werden sie teils in Toiletten entsorgt und verunreinigen unser Grundwasser.

Deshalb fordern wir, dass jede Apotheke in Deutschland Medikamente zurücknehmen muss.

Zudem muss ein Prozess eingerichtet werden, der das Ziel hat diese Medikamente, sofern sie weiterhin wirksam sind, wiederzuverwenden.

Quellen :

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/erklaerfilm-alte-arthemittel-ein-fall-fuer-die>

A11 Medikamente nicht in die Tonne!

<https://www.presseportal.de/pm/51580/4421145>

A12 Kürzungen stoppen: Zivilgesellschaft schützen!

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen, SB Lindenthal, SB
Innenstadt

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Wir lehnen die im Doppelhaushalt der Stadt Köln für die Jahre 2025 und 2026
2 geplanten Kürzungen im sozialen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Bereich
3 ab. Gerade in Zeiten von Rechtsruck und Politikverdrossenheit untergraben diese
4 Sparmaßnahmen das Vertrauen in die Demokratie und gefährden das Ehrenamt. Die
5 Kürzungen treffen die Kölner Zivilgesellschaft in ihren Grundfesten und bedrohen
6 den Fortbestand vieler unverzichtbarer Projekte und Initiativen. Ein Beispiel
7 sind die Kürzungen bei den Frauenberatungsstellen in Höhe von 250.000€. Der
8 Schutz von Frauen in Notsituationen darf keinen konservativen Sparmaßnahmen zum
9 Opfer fallen. Im Bereich Kunst und Kultur drohen Kürzungen in Höhe von ca.
10 6.000.000€, das wären fast 20% weniger als im Jahr 2024. Damit setzt die Stadt
11 Köln die kulturelle Teilhabe am öffentlichen Leben von unzähligen Kölner*innen
12 aufs Spiel. Wer hier kürzt, kürzt an der falschen Stelle.

13 Wir tragen unseren Widerspruch gegen die Kürzungen auf die Straße, in die Medien
14 und die Gremien der KölnSPD. Allen Betroffenen gilt die volle Solidarität.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A13 Rückwärtsgewandtheit gegen Rechtsextremismus: Asylkompromiss rückgängig machen!

Antragsteller*in: SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: Bundeskongress Jusos, Bundesparteitag SPD

Antragstext

1 *Wir als Jusos verstehen, dass unser antirassistischer Kampf in der eigenen
2 Partei beginnt. Deshalb fordern wir von der SPD sich dafür einzusetzen
3 rassistisch motivierte Maßnahmen und Gesetzesänderungen, soweit dies möglich
4 ist, rückgängig zu machen. Konkret soll der Asylkompromiss von 1993 rückgängig
5 gemacht und die Art. 16a II-IV GG ersatzlos gestrichen werden. Im Zentrum
6 sozialdemokratischer Asylpolitik muss wieder der Grundsatz stehen, dass
7 Menschen, die fliehen müssen, Schutz gewährt wird. Zudem fordern wir, dass
8 Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird und Geflüchtete ins Bürgergeld bzw.
9 die Sozialhilfe sowie die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen
10 einbezogen werden. Die Menschenwürde darf hier nicht weiter mit zweierlei Maß
11 gemessen werden.* [1]

12 [1] Vgl. <https://www.proasyl.de/asylbewerberleistungsgesetz/>

Begründung

Antirassistische Diskurse innerhalb der SPD drehen sich vielfach um die rassistischen Forderungen der AfD und anderer rechtsextremer Akteure. Viel zu oft werden dabei aber die Akteure innerhalb demokratischer Parteien vergessen, die sich rechtsextreme Forderungen zu eigen machen. Hier ist ein Umdenken von uns als Sozialdemokrat*innen gefragt, weil wir mit unserer bisherigen Toleranz diesen Akteuren gegenüber und durch den Fokus unserer antirassistischen Bemühungen auf die AfD Rassismus – der in der eigenen Partei weit verbreitet ist - externalisieren.[1]

Das Erstarken rechtsextremer Kräfte ist die Folge eines zunehmend von rechtsextremen Narrativen geprägten öffentlichen Diskurses. Ursächlich für diese Entwicklung sind Jahrzehnte rassistischer und unsolidarischer Politik getragen von der SPD (und anderen Parteien der demokratischen Mitte). In der aktuellen Legislaturperiode hat diese Entwicklung in beängstigender Weise Fahrt aufgenommen. Immer öfter machen

sich die Bundesregierung und der 20. Bundestag menschenverachtende Forderungen der AfD zu eignen:

Die Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS), der die Bundesregierung auf EU-Ebene am 8. Juni 2023 und das EU-Parlament mit Stimmen der SPD am 10. April 2024 zugestimmt hat, sieht Schnellverfahren in Auffanglagern an den EU-Außengrenzen für Asylsuchende vor. Auch Kinder sollen in solchen Lagern interniert werden.^[2] Asylsuchende sollen bis zu zwölf Wochen unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden können. Nancy Faeser nennt dies einen „großen und sehr wichtigen Erfolg“.^[3] Migrationsforscher Franck Düvell stellt dagegen fest, dass durch die Reform der GEAS „grundlegende Normen des Flüchtlingsschutzes immer weiter ignoriert“ werden.^[4]

Am 18. Januar 2024 hat der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ beschlossen. Hierdurch wurde, neben anderen Verschärfungen, die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage angehoben. Die Abschiebehaft wird auf bis zu 6 Monate verlängert. Auch sollen Abschiebungen grundsätzlich nicht mehr angekündigt werden, was effektiven Rechtsschutz gegen Abschiebungsanordnungen faktisch unmöglich macht.^[5] Zudem ermöglicht das Gesetz die strafrechtliche Verfolgung von Seenotretter*innen und kriminalisiert so humanitäre Hilfe.^[6] Dass das Gesetz indes dazu führt, dass tatsächlich mehr Ausreisepflichtige Personen abgeschoben werden ist dagegen nicht zu erwarten.^[7]

Auch die Effektivität der seit September 2024 stattfindenden Kontrollen aller deutschen Außengrenzen dürfte, bezüglich der Verhinderung illegaler Einreisen, gleich null sein.^[8] Nichtsdestotrotz verstößen die Kontrollen gegen Unionsrecht, da eine „ernsthafte Bedrohung für die öffentliche Ordnung oder innere Sicherheit“ nicht vorliegt.^[9]

Einen neuen Tiefpunkt stellt das am 31. Oktober 2024 in Kraft getretene Sicherheitspaket dar. Dieses sieht vor, dass die Sozialleistungen für Schutzsuchende, für die laut Dublin-Regelungen ein anderer EU-Staat zuständig ist, auf null gekürzt werden. Die Kürzungen sollen auch dann eintreten, wenn eine Ausreise in den zuständigen Staat für die betroffene Person gar nicht möglich ist. Dies stellt einen klaren Verstoß gegen das aus der Menschenwürde abgeleitete Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum dar und ist deshalb verfassungswidrig. Zudem verlieren Menschen, die in ihr Herkunftsland reisen, obwohl dies „nicht sittlich zwingend“ geboten ist ihren Schutzstatus. Da sich Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind solche Reisen regelmäßig nicht leisten können, sind von dieser Regelung hauptsächlich Geflüchtete betroffen, die bereits in Deutschland erwerbstätig sind. Oftmals sind auch Geflüchtete betroffen, die sich in Deutschland gesellschaftlich engagieren oder aktiv am Vereinsleben teilnehmen. Auch Menschen, die in Deutschland eine Familie gegründet haben und deren Kinder hier Kindergarten oder Schule besuchen sind hiervon betroffen. Somit werden, Menschen die in Deutschland angekommen und integriert sind und wertvolle gesellschaftliche Beiträge leisten zur Ausreise gezwungen.^[10] **Es geht somit schlicht um „Remigration“, ein Herzensprojekt deutschsprachiger Faschist*innen gegen das im Januar 2024 Millionen Demokrat*innen auf die Straße gegangen sind und das jetzt von Sozialdemokrat*innen vorangetrieben wird.** Auch die Praxis des „racial profilings“ wird aufgrund der waffenrechtlichen Änderungen des Sicherheitspakets ausgeweitet werden. Maßnahmen wie diese machen das Leben für Menschen die dem rassistischen Volksbegriff von Rechtsextremen nicht unterfallen („Pass-Deutsche“) unbequemer. Sie leisten dadurch einen erheblichen Beitrag zu Martin Sellners „Remigrationsplänen“, welche vorsehen „nichtassimilierte“ Staatsbürger vorrangig durch Erzeugung von „Remigrationsdruck“ zur Ausreise zu bewegen.^[11]

Ein durch die SPD mitverursachter Rechtsruck, ist allerdings nicht erst seit der Gründung der AfD zu beobachten. Die SPD hat schon rassistisch motivierte Politik gemacht, bevor es die AfD überhaupt gab und damit den Grundstein für den heutigen Erfolg der AfD gelegt:

Das bedeutendste Beispiel hierfür ist der Asylkompromiss von 1993. Dabei wurde der damalige Art. 16 GG (heute Art. 16a GG) um die sog. „Drittstaatenregelung“ erweitert, wonach sich Menschen, die sich vorher in einem „sicheren Drittstaat“ aufgehalten haben, nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen können. Da Deutschland ausschließlich an solche Staaten grenzt, existiert ein individuelles Grundrecht auf Asyl seit dem Asylkompromiss faktisch nicht mehr. **Dass Olaf Scholz einen entscheidenden Unterschied zwischen sich und der AfD dennoch darin sieht, dass er der Auffassung ist, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl nicht in Frage gestellt werden darf**[\[12\]](#) zeigt, wie sehr die effektive Abschaffung des Grundrechts auf Asyl die Grenzen zwischen Sozialdemokrat*innen und Faschist*innen im Bereich der Asylpolitik erodiert hat.

Im Rahmen des Asylkompromisses wurde zudem das „Asylbewerberleistungsgesetz“ beschlossen, welches bis heute in Kraft ist. Nach diesem Sonderrecht für Geflüchtete unterschreitet das Niveau von Sozialleistungen, das von Bürgergeld und Sozialhilfe deutlich. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit mehrfach festgestellt, dass das „Asylbewerberleistungsgesetz“ einen Verstoß gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum darstellt.[\[13\]](#)

Der Asylkompromiss wurde mit Stimmen der SPD beschlossen, obwohl in den Monaten zuvor hunderttausende demonstriert haben, um das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen. Wenige Tage nach der Änderung des Grundgesetzes starben in Solingen fünf Menschen bei einem rassistischen Brandanschlag. Dieser Anschlag steht beispielhaft für den Zusammenhang zwischen rassistisch motivierter SPD-Politik und rechtsradikaler Gewalt.[\[14\]](#)

Dies bedeutet natürlich nicht, dass der Kampf gegen die AfD aufhören soll. Die AfD hat - auch dank ihrer rassistischen und menschenverachtenden Forderungen - mittlerweile in allen Bundesländern den Status einer Volkspartei (pun intended) erreicht. Bei der Debatter darüber, wie man die AfD bekämpfen sollte wird allerdings oft verkannt, dass die Konzeption unserer Demokratie als wehrhafte Demokratie keine willkürliche Entscheidung war, sondern, aufgrund der demokratieimmanenten Offenheit des Prozesses der politischen Willensbildung für Demokratiefeinde, konstitutiv für das Überleben von Demokratien ist.[\[15\]](#) Aus dieser konstitutiven Bedeutung der Instrumente der wehrhaften Demokratie ergibt sich die einfache, aber überlebenswichtige Pflicht für Demokrat*innen den Begriff der Wehrhaftigkeit mit Leben zu füllen und Faschist*innen mit einem Verbotsantrag nach Art. 21 II GG zu begegnen. (Die Vertreter*innen der SPD in den Antragsberechtigten Bundesorganen kommen dieser Verpflichtung seit vielen Jahren nicht nach und setzen so die Existenz unserer Demokratie leichtfertig aufs Spiel. Das Bundesverfassungsgericht hat auch bereits anklingen lassen, dass ein solches Verbotsverfahren gute Erfolgsaussichten hätte.[\[16\]](#)) Wer aber auch die Ursachen des Erstarkens von Rechtsextremismus beseitigen will muss diejenigen Akteure innerhalb der SPD bekämpfen, die sich – getrieben von politischem Opportunismus - nur zu gern zu Steigbügelhaltern der Faschist*innen machen.

Die von der SPD vollzogene „Zeitenwende“ in der Asylpolitik ist zutiefst menschenverachtend, rechtsextrem und oftmals rechtswidrig Deshalb ist es unsere Pflicht als Jusos uns (ausnahmsweise) für ein „früher (vor 1993) war alles besser“ einzusetzen. Siamo tutti antifascisti!

[1]<https://verfassungsblog.de/staatliche-schutpflichten-gegen-rassismus-statt-afd-verbot/>

[2]<https://taz.de/Europaeische-Asylrechtsreform-Geas/!6003865/>

[3]<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/asyl-reform-asylreform-eu-grenze-geas-parlament>

[4]<https://www.sueddeutsche.de/politik/asylreform-migration-eu-1.7432324>

[5]<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/rueckfuehrungsverbesserungsgesetz-migration-bundestag-abschiebung-kritik>

[6]<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/entwurf-aufenthaltsgesetz-seenotrettung-strafbarkeit-rechtsgutachten>

[7]<https://www.proasyl.de/news/das-neue-rueckfuehrungsgesetz-bedient-rechten-populismus-loest-aber-keine-probleme/>

[8]<https://lagedernation.org/podcast/ldn398>

[9]<https://verfassungsblog.de/warum-die-wiedereinführung-der-grenzkontrollen-gegen-europarecht-verstößt/>

[10]<https://grundgesetzlich.org/podcast/10-sicherheitspaket/>

[11]<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/remigration-martin-sellner-afd-buch-einreiseverbot-100.html>

[12]<https://lagedernation.org/podcast/ldn410> ; Minute 17:30

[13]<https://verfassungsblog.de/30-jahre-sonderrecht/>

[14]<https://www.proasyl.de/news/30-jahre-asylkompromiss-ein-grundrecht-wird-ausgehöehlt/>

[15]K. Loewenstein, Militant Democracy and Fundamental Rights, I, The American Political Science Review, 31, S. 417

[16] BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 23. Januar 2024 - 2 BvB 1/19 -, Rn. 290-301, abrufbar unter:
https://www.bverfg.de/e/bs20240123_2bvb000119

A14 Köln, hör Volkers Signale!

Antragsteller*in: SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: SPD Ratsfraktion Köln

Antragstext

1 *Wir fordern die Stadt Köln dazu auf, von ihrem Recht aus § 45 I 2 Nr. 7 b) StVO
2 Gebrauch zu machen und weitere Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) zur
3 Verbesserung des Schutzes der Umwelt, zum Schutz der Gesundheit, sowie zur
4 Unterstützung der geordneten städtebaulichen Entwicklung einzurichten. Wir
5 fordern die Stadt Köln zudem auf, zu prüfen, ob die Einrichtung von
6 Fußgängerüberwegen an den auf der beigefügten Karte markierten Orten möglich und
7 unter den oben genannten Aspekten sinnvoll ist.*

Begründung

Am 12. Juli 2024 hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats das Straßenverkehrsgesetz geändert und das Verkehrsministerium (Volker Wissing) ermächtigt die Straßenverkehrsordnung zu ändern. Die geänderte Straßenverkehrsordnung ist seit dem 11. Oktober 2024 in Kraft. Sie erlaubt es den kommunalen Straßenverkehrsbehörden die Errichtung von Fußgängerüberwegen (und andere Maßnahmen) mit der „Verbesserung des Umweltschutzes“, dem „Schutz der Gesundheit“ oder der „Unterstützung der geordneten städtebaulichen Entwicklung“ zu begründen. Die neue Straßenverkehrsordnung erlaubt es der Stadt Köln also, die Verkehrswende im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung voranzutreiben, indem man Köln umwelt- und klimafreundlicher, sicherer und fußgänger- und fahrradfreundlicher gestaltet.

Diese Gestaltungsmöglichkeiten sind allerdings nur zielführend, wenn die Stadt Köln als zuständige Straßenverkehrsbehörde hiervon auch Gebrauch macht. Insbesondere existieren in Köln dutzende Stellen, an denen wir die Errichtung von Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) für sinnvoll erachten. An vielen dieser Stellen hält die überwiegende Mehrheit der Autofahrenden bereits regelmäßig an, um Fußgänger*innen zu erlauben die Fahrbahn zu überqueren. Hier wäre es für alle Beteiligten von Vorteil, wenn der Vorrang von Fußgänger*innen durch einen Zebrastreifen verbindlich geregelt wäre. Zebrastreifen würden hier, neben den oben genannten Zielen sowohl die Sicherheit als auch die Leichtigkeit des Verkehrs fördern. An vielen anderen Orten würde die Errichtung von Zebrastreifen die Leichtigkeit des (Auto-) Verkehrs zwar leicht beeinträchtigen, diese Beeinträchtigungen erscheinen aber aufgrund der Förderung der in § 45 I 2 Nr. 7 b) StVO genannten Ziele und der Wichtigkeit einer zügigen Verkehrswende gerechtfertigt.

Die Ermächtigungsgrundlage des § 45 I 2 Nr. 7 b) StVO ist sehr neu. Daher sind hierauf gestützte Maßnahmen mit einer gewissen Rechtsunsicherheiten verbunden, weil noch unklar ist, wie Gerichte die neue StVO auslegen. Von diesen Rechtsunsicherheiten sollte sich die Stadt Köln allerdings nicht abschrecken lassen, sondern die Verkehrswende trotz etwaiger Risiken mutig vorantreiben. Als viertgrößte Stadt Deutschlands verfügt die Stadt Köln über die Ressourcen, die zur Führung etwaiger Rechtsstreitigkeiten und der Beseitigung von Rechtsunsicherheiten notwendig sind. Hiervon würden dann auch kleinere Kommunen, die nicht über entsprechende Ressourcen verfügen, profitieren, sodass die Stadt Köln eine Vorreiterrolle bei der Verkehrswende einnehmen kann.

A15 Fliegende Gärten övver Kölle

Antragsteller*in: SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: KölnSPD

Antragstext

1 Wir fordern die Stadt Köln auf, das Konzept der „Fliegenden Gärten“ (basierend
2 auf dem Architekturbüro „Rataplan“) anhand eines Pilotprojekts im Stadtzentrum
3 eingehend zu prüfen und das Prüfergebnis zu veröffentlichen.

Begründung

Das Stadtzentrum Kölns gehört zu den wärmsten Orten Deutschlands. Die Rate der Verdichtung und Versiegelung ist hoch. Extreme Hitze schadet der Gesundheit: sie kann Herz-Kreislauf-Probleme verursachen und für gefährdete Bevölkerungsgruppen - etwa ältere Menschen und Kinder - tödliche Folgen haben. Da in den kommenden Jahren und Jahrzehnten von weiter steigenden Temperaturen auszugehen ist, braucht es kreative Lösungen.

Die Idee der „Fliegenden Gärten“ könnte dazu gehören. Das entsprechende Konzept des Architekturbüros „Rataplan“ sieht vor, dass mit Kletterpflanzen bewachsene Netze ein grünes Blätterdach schaffen, das an Gebäudemauern oder Stahlgerüsten befestigt werden kann. Damit würde das Problem umgangen, dass einige (vor allem enge) Straßen in Stadtzentren nicht für Bäume geeignet sind.

Auf diese Weise ließen sich auch Orte begrünen, wo wegen Platzmangel, Versiegelung, Leitungen oder anderweitigen Gründen keine Bäume angelegt werden können. Pflanzen wachsen ohnehin sehr viel schneller als Bäume und helfen nicht nur, die Luftqualität zu verbessern, sondern auch die Umgebungstemperatur zu senken. Im Hochsommer kann so die Attraktivität des Stadtzentrums erhalten werden; insbesondere gefährdete Bevölkerungsgruppen können sich länger und sicherer dort aufhalten.

Natürlich wird sich die Prüfung auch mit Herausforderungen beschäftigen müssen. Dazu gehören, dass Hausbesitzer*innen die Befestigung der Netze genehmigen müssen und weitere Faktoren wie Kosten, Pflege, Pflanzengift, Feuerwehr und Straßenbeleuchtung.

Andererseits: auch die meisten anderen Zierpflanzen in der Stadt sind leicht giftig. Es können pflegeleichte

Pflanzen verwendet werden. Bestehende Infrastruktur müsste nur minimal geändert werden. Und im Winter, wenn die Blätter weg sind, kann Sonne hindurchscheinen und Lichterschmuck aufgehängt werden. Nicht zuletzt könnte Köln durch solch eine innovative Lösung sein Profil als *smart city* schärfen und auf seine wirtschaftliche Attraktivität einzahlen.

München prüft sie bereits, Hannover diskutiert sie: auch Köln sollte sich „Fliegende Gärten“ gut überlegen und mit einem Pilotprojekt testen. Denn ein kühleres, grüneres Stadtzentrum kommt allen zugute.

A16 Wohnen ist kein Luxus!

Antragsteller*in: SB Innenstadt, Juso Hochschulgruppe Uni
Köln

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: SPD Ratsfraktion Köln, SPD
Kommunalwahlprogramm, KölnSPD Parteitag

Antragstext

1 Wir fordern die Stadt Köln dazu auf, Vertreter*innen der Studierendenschaft und
2 des Kölner Studierendenwerks zu gemeinsamen Gesprächsrunden über Lösungen für
3 die kritische Wohnsituation von Studierenden einzuladen.

4 Ebenso soll die Stadt Köln das Gespräch mit Auszubildendenvertretungen suchen, um
5 Verbesserungen für die Wohnsituation von Auszubildenden zu besprechen.

6 Des Weiteren fordern wir die Stadt Köln dazu auf, zum jeweiligen Beginn eines
7 Semesters kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten für Studierende zur Verfügung
8 zu stellen.

9 Langfristig muss die Stadt Köln die Schaffung studentischer Wohnheime in die
10 Planung der neuen Stadtquartiere mitaufnehmen, wie etwa in Kreuzfeld oder im
11 Deutzer Hafen. Wir fordern die Stadt Köln auf, konkrete Baumöglichkeiten für das
12 Kölner Studierendenwerk durch die Vergabe von Grundstücken im Rahmen der
13 Erbpacht zum Nullzinssatz zu schaffen. Ziel muss es sein, dass die Stadt Köln
14 dabei mitwirkt, dass bis zum Jahr 2030 der Bau von mindestens 1000 neuen
15 Wohnheimplätzen eingeleitet wird.

Begründung

Am 19.11.2024 hat der Allgemeine Studierendausschuss (AStA) der Universität zu Köln sich mit einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin Henriette Reker und die Stadtverwaltung gewandt und die katastrophale Wohnsituation für Studierende kritisiert. Die Stadt Köln hat bis zuletzt nicht auf diesen Brief und die enthaltenden Forderungen geantwortet, sondern lediglich erklärt, dass für den Bau von studentischem Wohnraum das Land NRW zuständig sei. Auch eine Einladung des AStA zu einer Podiumsdiskussion zu

diesem Thema ließ die Stadtverwaltung unbeantwortet.

Derzeit besitzt das Kölner Studierendenwerk circa 5.000 Wohnheimplätze für rund 80.000 Studierende in Köln. Als Richtmarke gibt das Land NRW vor, dass für jeden 10. Studierenden ein Wohnheimplatz bestehen soll. In Köln fehlen somit etwa 3.000 Wohnheimplätze. Ein WG-Zimmer wiederum kostete zuletzt in Köln durchschnittlich 560 Euro im Monat. Der BAföG-Höchstsatz sieht als Wohnpauschale gerade einmal 380 Euro vor.

Für immer mehr Studierende wird das Studieren in Köln damit unbezahlbar. Ein Studium in Köln rückt für Studierende aus einkommensschwachen Familien in weite Ferne und wird letztendlich zum Luxusgut. Wer Bildungsgerechtigkeit will, muss für ein bezahlbares Studium sorgen. Der Bau neuer studentischer Wohnheimplätze ist schließlich unverzichtbar. Gleichzeitig müssen Bund, Land und die Stadt endlich Maßnahmen für eine soziale Wohnungspolitik ergreifen muss.

Zu Beginn eines jedes Semesters richtet der AStA eine Notschlafstelle aus, in der Erstsemester für rund zwei Wochen in einem Veranstaltungskeller übernachten können. Die Nachfrage war in den vergangenen Jahren teilweise so hoch, dass nicht alle Erstsemester in der Notschlafstelle einen Platz erhielten. Die Stadt Köln muss hier endlich Verantwortung übernehmen und selbst eine kurzfristige Lösung für Studierende anbieten. Denkbar wären etwa Hotel- und Hostelgutscheine für Erstsemester.

A17 D'r BinciBus kütt- BinciBusse statt Eltern Taxi

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Jusos Köln beschließen, dass auf dem Kölner Stadtgebiet Fahrradbusse
2 eingerichtet werden, die Schulkinder morgens von der ersten Stunde, sowie nach
3 der 6. Stunde begleiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Anbindung der
4 Stadtrandgebiete an die Innenstadt gelegt werden. Zu Beginn eines jeden
5 Schuljahres sollen darüber hinaus Fahrradpolizist:innen die Kinder begleiten,
6 bis diese die Strecke und ihre Gefahrenquellen kennen.

Begründung

Jedes Jahr zum Schuljahresbeginn liest man auf Kölner Plakatwänden „Achtung die I-Dötzchen kommen“. Dies soll, insbesondere Autofahrer:innen auf die im Verkehr unerfahrenen Schulanfänger:innen aufmerksam machen, die mit Schulstart die Straßen Kölns fluten. Doch in der Realität sind doch gar nicht so viele kleine Kinder mit großen Schulranzen zu sehen. Vielmehr sind es große Autos mit 1-2 Kindern darin, die die Zufahrtsstraßen zu den kölner Schulen verstopfen. Viele Eltern trauen ihren Kindern noch nicht zu, die komplexen Gefahren des Kölner Stadtverkehrs mit Autos, LKWs, Bussen und Bahnen, eigenständig zu meistern, und steigen daher auf sogenannte Elterntaxis um. Dies ist weder ökologisch sinnvoll noch besonders effizient, ferner bergen die dadurch entstehenden morgendlichen Ministaus rund um Schulen ihre eigenen Gefahren.

Um dem entgegenzuwirken setzen andere Städte (unter anderem Düsseldorf) auf Fahrradbusse, sogenannte BinciBusse. Das ursprünglich aus Barcelona stammende Projekt sieht vor, sich Kinder morgens an immer derselben Stelle, entsprechend einer Bushaltestelle in die Fahrradgruppe einreihen, und mit ihr gemeinsam sicher zu den Schulen fahren.

Dies stärkt die Verkehrskompetenz der Kinder, und gibt ihnen als Gruppe eine neue Sicherheit im Straßenverkehr. Auch kann unabhängig von privaten Absprachen gemeinsam gefahren werden (ein Kind wird krank, die Kinder streiten sich etc.).

Eine Begleitung der BinciBusse durch Fahrradpolizist:innen in den ersten paar Wochen nach Schulbeginn bietet sich an, da dadurch die Kinder von Anfang an den richtigen Weg erlernen, dies das Vertrauen der Eltern

in die BinciBusse stärkt und die Akzeptanz anderer Verkehrteilnehmer:innen erhoht.

Ganz besonders bietet sich das Konzept für die Gebiete am Stadtrand an oder jene größere Wohngebiete die noch unzureichend an die Stadtbahnen und Busse der KVB angeschlossen sind (z.B. Widderdorf, Godorf etc.).

Da auch jüngere Kinder an weiterführenden Schulen (zB. die der Unterstufe) noch nicht unbedingt über die ausreichende Verkehrskompetenz verfügen auch wenige Kilometer ganz alleine mit dem Fahrrad zu bewältigen sollen auch diesbezüglich auf typischen Schulverkehrswegen BinciBusstrecken eingerichtet werden. Ziel ist dabei nicht jede einzelne weiterführende Schule abzufahren, sondern vielmehr strak von Schulkindern befahrene Strecken mit möglichen Gefahrenstellen in die Streckenabdeckung aufzunehmen. Ein mögliches Beispiel würde eine Strecke von Weiden über Junkersdorf zu den Schulen in Lindenthal oder weiter bis in die Innenstadt. Hierbei würde der große Hauptverkehrsstraße Aachener Straße vom BinciBus gemeinschaftlich gemeistert.

A18 Tempo 30 auf der Lux!

Antragsteller*in: SB Innenstadt, SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Status: Zurückgezogen

Weiterleitung an: SPD Köln Parteitag, Kommunalwahlprogramm SPD
Köln

Antragstext

1 Die SPD Köln sollte sich aktiv für eine Tempo-30-Zone auf der Luxemburger Straße
2 einsetzen. Konkret fordern wir:

- 3 • dass sich die SPD Köln mit der „IG Lebenswerte Lux“ zusammensetzt und
4 austauscht, falls noch nicht geschehen.[\[1\]](#)
- 5 • dass sich die SPD Köln für die Einführung einer Tempo-30-Zone auf der
6 Luxemburger Straße im Bereich zwischen Scherfginstraße und Weißhausstraße
7 in Köln-Sülz einsetzt.
- 8 dass sich die SPD Köln für eine Verbesserung der Sicherheit auf der Luxemburger
9 Straße einsetzt. Hierzu zählen neben der Tempobeschränkung unter anderem
10 konfliktfreie Ampelschaltungen oder auch sichere Fahrradwege.

11 [\[1\]https://lebenswerte-lux.koeln](https://lebenswerte-lux.koeln)

Begründung

Immer wieder passieren auf der Luxemburger Straße schwere Unfälle, insbesondere zwischen Autos und Fahrradfahrer:innen oder Fussgänger:innen.[\[1\]](#) Zudem leiden die Anwohner:innen unter erheblicher Lärmbelastung durch den dichten Verkehr, was zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen kann. Eine Temporeduzierung würde nicht nur den Lärm senken, sondern auch die Lebensqualität in diesem dicht besiedelten Wohngebiet deutlich verbessern. Auch wenn das entsprechende Lärmgutachten erst im ersten Quartal 2025 erwartet wird[\[2\]](#), so sollte eine Verbesserung der Gesamtsituation für die Bürger:innen Kölns auf der vielbefahrenen Luxemburger Straße proaktiv auf der Agenda unserer Partei stehen.

[1]<https://www.ksta.de/koeln/lindenthal/klettenberg/koeln-unfall-auf-der-luxemburger-strasse-stoessst-debatte-um-sicherheit-an-892594>

[2]<https://www.ksta.de/koeln/lindenthal/suelz/koeln-suelz-initiative-fordert-tempo-30-auf-der-luxemburger-stadt-erstellt-gutachten-875633>

A19 Drei Zimmer-1000 Euro- drei einzelne Zimmer 1700 Euro? Halt Stopp die Wohnung bleibt so wie's hier ist!

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

- 1 Die Jusos Köln beschließen, dass sich dafür eingesetzt wird, dass bestehende
- 2 Mietwohnungen nicht weiter in einzelne WG Zimmer unterteilt werden dürfen, um
- 3 damit die Mietpreisbremse zu umgehen und damit die Gewinne zu maximieren.

Begründung

Den kölner Wohnungsmarkt als „angespannt“ zu bezeichnen ist angesichts eines durchschnittlichen Mietpreises von 15,40 Euro pro Quadratmeter ein Euphemismus. Ein Mechanismus, der den Mietzins einer Wohnung ganz schlagartig in die Höhe schnellen lässt ist die bestehende (mehrere Zimmer umfassende) Wohnung in einzelne WG Zimmer aufzuteilen. Dank der Regelung über Teilmöblierung (in der Regel in der (Gemeinschafts-) Küche) kann hierbei von der Mietpreisbremse getrost abgesehen werden. Diese „Teilmöblierten“ WG Zimmer werden im Schnitt mit 10 Euro pro Quadratmeter über dem Mietspiegel vermietet. Der neue Preis fließt dann seinerseits in den Mietspiegel mit ein und lässt ihn weiter ansteigen. So ist ein Teufelskreis geboren den wir alle mitzählen, insbesondere jedoch junge, alleinstehende Personen, Studis, Azubis und Internationals die aus der reinen Not diese relativ gesehen viel zu teuren WG Zimmer anmieten. Besonders verheerend ist dabei, dass sie durchschnittliche Mietdauer eines WG Zimmers signifikant kürzer ist als in größeren Wohnungen und dadurch mit häufiger Neuvermietung der Mietzins immer weiter nach oben steigt.

**A20 3 Uhr Fehlgeburt, 8 Uhr erstes Meeting – TW: Fehlgeburten/
Todgeburten - Gesetzlicher Mutterschutz auch bei Fehlgeburten-**

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

- 1 Die Jusos Köln beschließen, dass eine
- 2 Gesetzesnovelle des Mutterschutzgesetzes (MuSchG)
- 3 eingebracht werden soll, die die gesetzliche
- 4 Mutterschutzfrist (Zeitraum in dem die gebärende
- 5 Person nicht arbeiten darf) von 8 Wochen nach der
- 6 Geburt auch im Falle einer Fehlgeburt in
- 7 jedem Stadium der Schwangerschaft gewährleistet.

Begründung

Was macht ein einziger Tag oder ein einziges Gramm weniger schon aus wenn eine Person ihr Kind verliert?

Mitunter eine ganze Menge! Wenn die gebärende Person einen Tag „zu kurz“ schwanger ist, das Baby ein Gramm „zu leicht“ ist, kann es sein, dass kein Anspruch auf gesetzliches Beschäftigungsverbot und Mutterschutzzgeld besteht.

Aktuell wird beides, im Sinne des § 3 MuSchG, gewährt, sofern eine „Entbindung“ stattfindet. Eine solche liegt bei einer „Todgeburt“ vor, bei einer „Fehlgeburt“ hingegen nicht. Wie zwischen Tod- und Fehlgeburt unterschieden wird, definiert das MuSchG jedoch nicht, dazu wird sich mit Heranziehung des Personenstandsrechtes beholfen. Nach § 31 Abs. 2 S. 1 der Personenstandsverordnung (PStV) liegt eine Todgeburt vor, wenn das Kind unter 500 Gramm gewogen hat und die 24. Schwangerschaftswoche nicht

erreicht wurde.

Die Konsequenz daraus ist, dass Personen die eine Fehlgeburt erlitten haben am nächsten Tag wieder ganz normal arbeiten müssen und weder Anspruch auf Beschäftigungsverbot noch Mutterschutzzgeld erhalten.

Eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausgestellt durch Ärzt:innen, wie in der Praxis bei Fehlgeburten oft verfahren wird, ist keine ausreichende Kompensation für das Geschehene. In finanzieller Hinsicht unterscheidet es sich darin, dass in der Mutterschutzfrist 8 Wochen lang die Entgeltfortzahlung gewährleistet, während der „Krankschreibung“ jedoch nur 6 Wochen lang (danach 70% des Lohnes im Krankengeld). Insbesondere würde das schreckliche Erlebte jedoch durch eine Krankschreibung nicht anerkannt werden. Eine Fehlgeburt ist eben keine Krankheit, eine kürzlich noch schwangere Person ist nicht krank, kann aber trotzdem nicht arbeiten.

Gesetzeszweck des §3 MuschG ist der Ausgleich der Belastung, die die schwangere Person durch die Schwangerschaft erfährt. Hinsichtlich dessen lässt sich die strenge Unterscheidung anhand des Gewichtes des Kindes gar nicht erklären, denn dies hat gar nichts mit dem Ausgleich der Belastungen einer Schwangerschaft zu tun. Auch, eine zeitliche Abgrenzung unter Heranziehung der 24. Schwangerschaftswoche wirkt willkürlich angesichts dessen, dass heute schon lebensfähige Kinder relevant früher in der Schwangerschaft geholt werden, und dann selbstredend Mutterschutzfrist gewährt wird. Deshalb war der ursprüngliche Reformvorschlag des MuSchG der Ampelparteien, wonach der zeitliche Rahmen auf die 20. Schwangerschaftswoche herabgesetzt werden sollte, unzureichende Makulatur.

Eine Gewährung des Mutterschutzes bei Fehlgeburt in jedem Stadium der Schwangerschaft ist das einzige was dieser traumatischen Erfahrung gerecht wird.

A21 Tempo 30 auf der Lux!

Antragsteller*in: SB Innenstadt, SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: SPD Köln Parteitag, Kommunalwahlprogramm SPD
Köln

Antragstext

1 Die SPD Köln sollte sich aktiv für eine Tempo-30-Zone auf der Luxemburger Straße
2 einsetzen. Konkret fordern wir:

- 3 • dass sich die SPD Köln mit der „IG Lebenswerte Lux“ zusammensetzt und
4 austauscht, falls noch nicht geschehen.[\[1\]](#)
- 5 • dass sich die SPD Köln für die Einführung einer Tempo-30-Zone auf der
6 Luxemburger Straße im Bereich zwischen Scherfginstraße und Weißhausstraße
7 in Köln-Sülz einsetzt.
- 8 • dass sich die SPD Köln für eine Verbesserung der Sicherheit auf der
9 Luxemburger Straße einsetzt. Hierzu zählen neben der Tempobeschränkung
10 unter anderem konfliktfreie Ampelschaltungen oder auch sichere
11 Fahrradwege.

12 [\[1\]https://lebenswerte-lux.koeln](https://lebenswerte-lux.koeln)

Begründung

Immer wieder passieren auf der Luxemburger Straße schwere Unfälle, insbesondere zwischen Autos und Fahrradfahrer:innen oder Fußgänger:innen.[\[1\]](#) Zudem leiden die Anwohner:innen unter erheblicher Lärmbelastung durch den dichten Verkehr, was zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen kann. Eine Temporeduzierung würde nicht nur den Lärm senken, sondern auch die Lebensqualität in diesem dicht besiedelten Wohngebiet deutlich verbessern. Auch wenn das entsprechende Lärmgutachten erst im ersten Quartal 2025 erwartet wird[\[2\]](#), so sollte eine Verbesserung der Gesamtsituation für die Bürger:innen Kölns auf der vielbefahrenen Luxemburger Straße proaktiv auf der Agenda unserer Partei stehen.

[1]<https://www.ksta.de/koeln/lindenthal/klettenberg/koeln-unfall-auf-der-luxemburger-strasse-stoessst-debatte-um-sicherheit-an-892594>

[2]<https://www.ksta.de/koeln/lindenthal/suelz/koeln-suelz-initiative-fordert-tempo-30-auf-der-luxemburger-stadt-erstellt-gutachten-875633>

A22 Köln - Kein Herz fürs Fahrrad

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 **Wir fordern die Köln SPD auf, sich konsequent für einen zeitgemäßen Ausbau der**
2 **Fahrradwege in der**

3 **gesamten Stadt einzusetzen. Konkret müssen die Fahrradwege in Köln insgesamt**
4 **sicherer, übersichtlicher,**

5 **moderner und attraktiver gestaltet werden. Dieses Ziel sollte zudem im**
6 **Kommunalwahlprogramm der Köln**

7 **SPD für die Kommunalwahl 2025 festgehalten werden. Als Richtlinie soll hier**
8 **insbesondere auch das**

9 **Bürgerbegehren „Fahrrad-Entscheid Köln“ berücksichtigt werden.**

Begründung

Bei vielen Kölner*innen hat sich das Fahrrad schon lange als ein beliebtes Fortbewegungsmittel etabliert. Es

bietet eine gute Möglichkeit, sich nachhaltig und sportlich in der Stadt fortzubewegen und erspart den Ärger

der eventuell ausfallenden oder verspäteten Busse und Bahnen. Die aufwändige Suche nach einem

Parkplatz oder das lange Warten in Staus stellen ebenfalls kein Problem dar. Eine echte Herausforderung

sind allerdings die Fahrradwege in der Stadt. In manchen Abschnitten sind die Radwege stark beschädigt und

haben Risse und Huckel (u.a. durch Wurzeln). Beispiele hierfür sind der Bergische Ring und der Maarweg.

Auf der Aachener Straße finden sich zahlreiche Abschnitte, in denen der Radweg auf dem Bürgersteig verläuft und teils sehr schmal wird (Bsp. stadtauswärts am Melatenfriedhof). Ein zusätzliches Gefahrenpotenzial geht hier von der zeitweise stark befahrenen Straße aus. An anderen Stellen endet der

Radweg plötzlich, beginnt dann wieder und wechselt im Verlauf zwischen Straße und Bürgersteig (Bsp.

stadtauswärts Neumarkt, Rudolfplatz bis Aachener Weiher). Stadteinwärts gibt es zwischen dem Aachener

Weiher und dem Neumarkt zahlreiche Hindernisse (Sockel und Bäume), die mit scharfen Kurven umfahren

werden müssen. Zudem wurden an Stellen Pflastersteine verbaut, die bei Nässe kaum Haftung bieten. Dies

sind nur einige Beispiele für den aktuellen Zustand der Fahrradwege in Köln. Wenn Köln dem Anspruch einer

attraktiven Fahrraddstadt gerecht werden möchte, muss hier in vielen Teilen ausgebaut und nachgebessert

werden.

A23 Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3 % des BIP im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern die Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik
2 Deutschland auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zur Stärkung der
3 Verteidigungsbereitschaft und zur Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen der
4 NATO-Mitgliedschaft. Die zusätzliche Finanzierung soll gezielt in die
5 Modernisierung der Ausrüstung, die Verbesserung der Infrastruktur und die
6 Ausbildung der Streitkräfte investiert werden.

Begründung

Die NATO-Mitgliedsstaaten haben sich darauf verständigt, ihre Verteidigungsanstrengungen zu steigern, um den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Mit der Verpflichtung, mindestens 2 % des BIP in die Verteidigung zu investieren, hat Deutschland einen wichtigen Schritt getan. 2024 hat Deutschland dieses Ziel das erste Mal seit vielen Jahren erreicht. Angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen und der sicherheitspolitischen Herausforderungen ist jedoch eine Erhöhung auf 3 % des BIP notwendig, um die NATO als Verteidigungsbündnis nachhaltig zu stärken und die Verteidigungsfähigkeit Europas und der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen.

Ein proaktiver Beitrag zur kollektiven Sicherheit ist gerade in Krisenzeiten unabdingbar. Die gestiegene Bedrohungslage durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zeigt, dass konventionelle und hybride Bedrohungen wieder eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik einnehmen. Die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt was ihre Einsatzfähigkeit und Modernisierung betrifft. Material- und Ausstattungsmängel sowie der Investitionsstau der letzten Jahre müssen dringend behoben werden.

Mit einer Erhöhung auf 3 % des BIP könnten nicht nur Defizite bei der Ausrüstung behoben, sondern auch zukunftsweisende Technologien wie Cybersicherheit, künstliche Intelligenz und Drohnenabwehr ausgebaut werden. Diese Investitionen wären nicht nur ein Signal an die Bündnispartner innerhalb der NATO, sondern auch an potenzielle Gegner, dass Deutschland seine Rolle als Garant für Frieden und Sicherheit ernst nimmt. Insbesondere angesichts der nahenden Präsidentschaft von Donald Trump in den USA und den damit möglicherweise einhergehenden sicherheitspolitischen Ungewissheiten ist es notwendig, dass Europa

A23 Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3 % des BIP im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft

militärisch auf eigenen Beinen stehen kann. Allen voran die Bundesrepublik als wirtschaftsstarkes europäisches Land muss dazu seinen Teil leisten.

Die Bundesrepublik Deutschland muss ihrer Verantwortung in der NATO gerecht werden und ein verlässlicher Partner sein. Eine Anhebung der Verteidigungsausgaben auf 3 % des BIP wäre ein wesentlicher Schritt in diese Richtung.

A24 „Kartellähnliche Strukturen aufbrechen – Mobilfunkmarkt fairer gestalten“

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 ieJusos Köln fordern die Bundesregierung auf, den Zugang zu Mobilfunklizenzen
2 und die Nutzung von Infrastruktur so zu gestalten, dass kartellähnliche
3 Strukturen im Mobilfunkmarkt verhindert werden. Konkret schlagen wir folgende
4 Maßnahmen vor:

- 5 1. **Überarbeitung der Lizenzvergabeeverfahren:** Die Bundesnetzagentur soll das
6 Vergabeeverfahren für Mobilfunklizenzen reformieren, um sicherzustellen,
7 dass keine Anbieter durch überhöhte Kosten oder intransparente Verfahren
8 bevorzugt werden. Alternative Modelle wie regionale Lizenzvergaben und
9 niedrigere Einstiegskosten sollen geprüft werden, um den Markteintritt
10 neuer Anbieter zu fördern.
- 11 2. **Erleichterung des Infrastrukturzugangs:** Große Anbieter sollen verpflichtet
12 werden, ihre Mobilfunkmasten, Frequenzen und Glasfasernetze zu fairen und
13 transparenten Bedingungen für kleinere Anbieter zugänglich zu machen. Die
14 Bundesnetzagentur soll diesen Zugang aktiv überwachen und Missbrauch
15 verhindern.
- 16 3. **Einrichtung eines Marktüberwachungsmechanismus:** Die Bundesnetzagentur soll
17 ein Monitoring-System einführen, das regelmäßig Daten zu Marktanteilen,
18 Infrastrukturzugang und Lizenzvergaben analysiert, um kartellähnliche
19 Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und entgegenzuwirken.
- 20 4. **Förderung regionaler Anbieter:** Regionale Mobilfunkanbieter sollen durch
21 spezifische Lizenzkategorien und Fördermaßnahmen unterstützt werden, um
22 eine breitere Versorgung und stärkeren Wettbewerb zu ermöglichen. Die
23 Bundesnetzagentur soll sicherstellen, dass diese Anbieter nicht durch

24 marktbeherrschende Akteure verdrängt werden.

25 **5. Schaffung eines Endkundenpreis-Monitorings:** Die Bundesnetzagentur soll
26 regelmäßig die Mobilfunkpreise analysieren und bei auffälligen
27 Abweichungen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Verbraucher
28 fair behandelt werden.

Begründung

Der Mobilfunkmarkt in Deutschland gleicht kartellähnlichen Zuständen. Vier große Anbieter (Telekom, Vodafone, O2, 1&1) dominieren den Markt und kontrollieren nicht nur die Frequenzen, sondern auch die notwendige Infrastruktur wie Mobilfunkmasten und Glasfasernetze. Diese Machtstellung schränkt den Wettbewerb ein, erhöht die Kosten für Verbraucher und behindert Innovationen.

1. Probleme bei der Lizenzvergabe

Die bisherigen Lizenzvergabeverfahren begünstigen große, finanzstarke Anbieter, da hohe Gebote die Marktzutrittskosten für kleinere Anbieter oder Neueinsteiger nahezu unüberwindbar machen. Ohne Reformen bleibt die Marktstruktur zementiert, und Innovationen durch neue Anbieter werden unterdrückt.

2. Infrastrukturzugang und Marktkonzentration

Große Anbieter verfügen über einen erheblichen Infrastruktuvorteil, da sie Mobilfunkmasten und Glasfasernetze kontrollieren. Für kleinere Anbieter entstehen oft unverhältnismäßige Kosten oder unfaire Bedingungen, was den Wettbewerb erschwert und die Marktstruktur weiter verfestigt.

3. Verbraucherfreundlichkeit und Netzbdeckung

Die Strukturen im Mobilfunk führen nicht nur zu höheren Preisen für Endkunden, sondern auch zu einer unzureichenden Netzbdeckung, insbesondere in ländlichen Regionen. Regionale Anbieter, die solche Gebiete besser versorgen könnten, scheitern oft an den Zugangshürden und hohen Kosten.

4. Die Rolle der Bundesnetzagentur

Die Bundesnetzagentur ist die zentrale Regulierungsbehörde und hat die Aufgabe, für fairen Wettbewerb und Verbraucherschutz zu sorgen. Durch eine stärkere Überwachung und Regulierung, beispielsweise durch Vorgaben für den Infrastrukturzugang oder das Monitoring von Marktanteilen, kann die Behörde kartellähnliche Strukturen wirksam verhindern.

5. Internationale Perspektiven

Länder wie Schweden und Großbritannien haben gezeigt, dass gezielte Regulierung durch unabhängige Behörden den Mobilfunkmarkt dynamischer, wettbewerbsfähiger und verbraucherfreundlicher gestalten kann. Deutschland muss diesen Beispielen folgen, um Nachteile für Verbraucher und die Wirtschaft abzubauen.

Mit diesen Maßnahmen wird die Bundesnetzagentur in die Lage versetzt, faire Marktbedingungen zu schaffen und den kartellähnlichen Strukturen im deutschen Mobilfunkmarkt wirksam entgegenzuwirken.

A25 Klimaschutz / Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen sozial, ökologisch und ökonomisch gestalten

Antragsteller*in: SB Lindenthal SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 **Wir fordern grundlegend:**

- 2 • Die Treibhausgas (THG)-Netto-Emissionen müssen auf eine Menge begrenzt
3 werden, die das Erreichen des 1,5-Grad-Ziel zur Begrenzung des
4 Klimawandels global sicherstellt

- 5 • Natürliche Ressourcen müssen so eingesetzt werden, dass die langfristigen
6 Lebensgrundlagen für Menschen und Natur auf der Erde erhalten bleiben und
7 ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht im Zusammenwirken von Menschen
8 und Natur sichergestellt ist. Die natürlichen Prozesse, denen die
9 natürlichen Ressourcen und Güter unterliegen, sind zu berücksichtigen.

- 10 • Die klimaneutrale Transformation muss sozial verträglich gestaltet werden.

11 **Abgeleitet aus diesen grundlegenden Forderungen, fordern wir konkret zur
12 Umsetzung:**

- 13 • THG-Emissionshandel weltweit wirksam etablieren und gestalten

- 14 1. Der THG-Emissionshandel muss sofort weltweit für alle Sektoren eingeführt
15 werden. Falls das nicht möglich ist, muss die Einführung schrittweise in
16 den größtmöglichen Regionen erfolgen (z. B. 1. Deutschland, 2. EU, ...).

- 17 2. Das THG-Budget in Regionen mit Emissionshandel muss mit Zertifikaten so

18 begrenzt werden, dass für diese Regionen das 1,5-Grad-Ziel erreicht wird.

- 19 ◦ Änderungen des Budgets dürfen nur auf Basis naturwissenschaftlicher
20 Erkenntnisse erfolgen. Auswirkungen der Anpassung auf die Erde
21 müssen auf die Auswirkungen des aktuellen 1,5 °C begrenzt werden.

- 22 ◦ Veränderung der Anzahl an verfügbaren THG-Zertifikaten:

- 23 ▪ Erhöhung: nur dann zulässig, wenn der THG-Netto-Ausstoß
24 dadurch nicht verändert wird: THG wurden der Umwelt entnommen
25 und unterliegen dem Zertifikatehandel, der Verursacher*In
26 erhält die zusätzlichen Zertifikate
- 27 ▪ Reduzierung: Infolge von THG-Emissionen in die Umwelt: Der
28 Verursacher*In muss die entsprechenden Zertifikate erwerben,
29 diese Verfallen mit Ausstoß
- 30 ▪ Der natürliche THG-Austausch, wie Emissionen durch Rodung oder
31 Waldbrände und Absorption durch Moore oder Aufforstung, muss
32 ebenfalls im Zertifikatehandel berücksichtigt werden. Die
33 Zuständigkeit für Erwerb und Verkauf von Zertifikaten ist
34 regional festzulegen.
- 35 ◦ Jede Privatperson in den integrierten Regionen hat das Recht, THG-
36 Zertifikate irreversibel verfallen zu lassen, ohne THG-Emissionen zu
37 verursachen. So verringert sich die Zahl der verfügbaren
38 Zertifikate, was die THG-Emissionen insgesamt reduziert.

Begründung

Aus einer ökonomischen Perspektive stellt der menschengemachte Klimawandel das wohl gravierendste Marktversagen in der Geschichte der Menschheit dar. Dieses Marktversagen ist dadurch gekennzeichnet, dass natürliche Prozesse und daraus folgende Knappheiten nicht adäquat in den Preisen für Güter berücksichtigt werden. Konkret bezogen auf den Klimawandel: Die begrenzte Fähigkeit der Atmosphäre, THG aufzunehmen, ohne die Lebensgrundlage auf der Erde zu zerstören, führt zu einer Knappheit an möglichen Netto-THG-Emissionen, die jedoch nicht in den Preisen berücksichtigt ist. Infolgedessen gab und gibt es Fehlallokationen von Kapital in THG-emittierende Prozesse. Diese führen zu einer starken Überlastung des Planeten Erde (äquivalent zum Ressourcenverbrauch) und damit zu einer lebensbedrohenden Situation für die Menschheit. In einem funktionierenden Markt hätte es den (menschengemachten) Klimawandel nicht geben dürfen. Aus diesem Grund ist ein Eingriff in den Markt nicht nur gerechtfertigt, sondern zwingend erforderlich. Dieser muss dazu dienen, die adäquate Bepreisung sicherzustellen. Da natürliche Prozesse unabhängig vom Wirtschaftssystem ablaufen, ist dieser Eingriff auch unabhängig vom Wirtschaftssystem (Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Staatswirtschaft,...) erforderlich. Insbesondere aus folgenden Gründen ist der THG-Zertifikatehandel der direkten THG-Bepreisung

bspw. CO2-Steuer vorzuziehen:

1. Die Preisbildung ist einfach verständlich: Die Menge der Emissionszertifikate wird basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen so begrenzt, dass das 1,5-Grad-Ziel erreicht wird. Der Preis ergibt sich aus (begrenztem) Angebot und Nachfrage.
2. Die Preisfindung wird nicht durch politische oder andere Interessen beeinflusst und insbesondere
3. Das Ziel von Netto-Null-THG-Emissionen wird durch eine feste Obergrenze für Zertifikate sichergestellt, der Preis für diese Zertifikate ist unbegrenzt.

Die Zertifikatspreise eines wirksamen Emissionshandels (zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels) entsprechen den Grenzkosten zur Erreichung dieses Ziels. Die korrekt festgelegte THG-Steuer würde daher den Zertifikatspreise entsprechen. Die Berechnung der adäquaten THG-Steuer hat jedoch eine gewisse Komplexität und bietet Freiräume, wodurch (im Gegensatz zum wirksamen Emissionshandel) die Nachvollziehbarkeit und die Festlegung eines wirksamen Preises nicht sichergestellt ist. Zudem unterliegt die CO2-Steuer konstant der politischen Diskussion, wobei eine "Belastung" durch zu hohe THG-Preise auch in Zukunft weiterhin kontinuierlich in Frage gestellt werden wird. Ebenso ist die globale Skalierbarkeit der THG-Steuer im Vergleich zum Emissionshandel fraglich.

Die EU hat bereits den THG-Emissionshandel für einige Sektoren eingeführt. Eine vollumfängliche Einführung für alle Sektoren ist bislang nicht erfolgt (bspw. sollen Verkehr und Gebäude erst ab 2027 in den Emissionshandel integriert werden). Dabei ist für einen wirksamen und kosteneffizienten Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen essentiell, schnellstmöglich auf den Pfad der Klimaneutralität (1,5 Grad Ziel) zu kommen. Dies bedeutet, dass der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen auf die Menge in der Atmosphäre begrenzt werden muss, die zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels genügt. Diese Menge an Netto-THG-Ausstoß muss entsprechend weltweit über Zertifikate begrenzt werden. Da globale politische Prozesse träge sind, ist hier eine schnellstmögliche Einführung mit einer Koalition der Willigen erforderlich. Anreize für Staaten und Regionen, sich in den Zertifikatehandel zu integrieren, sind vorzusehen (siehe nächster Punkt).

Zudem fokussiert sich der Zertifikatehandel aktuell ausschließlich auf durch den Menschen verursachte Emissionen. Natürliche Quellen wie bspw. Waldbrände werden nicht berücksichtigt, haben aber gleichsam einen Effekt auf THG in der Atmosphäre. Daher müssen auch diese Emissionen in den Zertifikatehandel integriert werden. Die Fähigkeiten THG aus der Umwelt (Atmosphäre) zu entziehen, hat ebenfalls einen Einfluss (hier positiv) auf die Erderwärmung, wenn die THG langfristig gebunden oder in den Kohlenstoffkreislauf im Rahmen des Zertifikatehandels zurückgeführt werden. Daher ist auch dies in den THG Zertifikatehandel zu integrieren, um Anreize für entsprechende Investitionen in entsprechende Fähigkeiten (Aufforstung, CCS, etc.) zu schaffen.

Jede private Person hat das Recht, klimaneutral leben zu können. Dieses Recht kann sie insbesondere auch durch Kompensation ihrer Treibhausgasemissionen erreichen. Im Rahmen des THG-Zertifikatehandels ist Kompensation möglich, indem THG-Zertifikate ohne entgegenstehende Emissionen gekauft und irreversibel verfallen gelassen werden. Die Menge an möglichen THG-Emissionen sinkt dadurch (der Zertifikatpreis steigt). Somit kann eine bilanzielle Klimaneutralität schon heute wirksam erreicht werden.

- Wettbewerbsfähigkeit bei effektiven THG-Emissionshandel sicherstellen

Die kurzfristige Wettbewerbsfähigkeit von Regionen, die den Emissionshandel etabliert haben gegenüber anderen Regionen muss gewährleistet sein:

1. Die THG-Emissionen aller Güter, die in Regionen mit Emissionshandel importiert oder exportiert werden, müssen adäquat bepreist werden (Grenz-Ausgleichs-Mechanismus):

- Die im bisherigen Lebenszyklus des Guts erzeugten Netto-THG Emissionen sowie die dafür bereits entrichteten Kosten sind nachzuweisen

- Import:

Sind die entrichteten THG-Kosten niedriger als die bei der Einführung in den Raum des Emissionshandels zu entrichtenden THG-Kosten, so sind die Differenzkosten + X % (bspw. 10%) zu entrichten. Der Aufschlag führt zu einem Anreiz, sich direkt in den Emissionshandel zu integrieren.

- Export:

Sind die bereits entrichteten THG-Kosten höher als die THG-Kosten in der Zielregion, wird bei Export die entsprechende Differenz erstattet

Hierbei ist sicherzustellen, dass dieser Ausgleichsmechanismus nicht zu einer Verhinderung der Umstellung auf klimaneutrale Technologien führt. Entsprechende Anreize bspw. über die Subvention klimaneutraler Technologien sind vorzusehen.

2. Die Einnahmen und Ausgaben der THG-Bepreisung durch den Import und Export von Gütern werden durch staatliche Organisationen innerhalb der Emissions-Handelsregionen gehandhabt. Die Ausgaben werden durch die Einnahmen gedeckt.

- Wenn Einnahmen > Ausgaben:
Bildung von Rücklagen durch die jeweils zuständige staatliche Organisation (bspw. Zentralbank)

- Wenn Einnahmen < Ausgabe
 1. Nutzung der Rücklage,
 2. Finanzierung durch Schulden/Ausgabe von Währung der jeweils zuständigen Zentralbank

Begründung: Die Einführung des THG-Zertifikatehandels führt zu einer Verschiebung der Preisstruktur in der globalen Wirtschaft und damit zu einer umfassenden Transformation der Weltwirtschaft. Kurzfristig führt die regionale Einführung des THG-Emissionshandels zu Wettbewerbsnachteilen, da eine zusätzliche Preiskomponente in die entsprechenden Güter einfließt. Dem ist entgegenzuwirken, um:

1. Anreize für andere Regionen zu schaffen sich in den THG-Zertifikatehandel zu integrieren,

2. die eigene Wirtschaft zu schützen und

3. einen positiven Einfluss auf das Klima zu erzielen.

Denn, es macht weder wirtschaftlich noch klimapolitisch Sinn, Deutschland und Europa aufgrund des Klimawandels (THG-Emissionshandels) zu deindustrialisieren, um anschließend (Industrie-) Güter mit höheren THG-Emissionen zu importieren. Es würde vielmehr negativ auf den globalen Klimaschutz wirken, da dieser dann offensichtlich kurzfristig nachteilig wäre.

Daher ist die THG-Bepreisung im Import und Export auszugleichen. Zudem müssen Länder und Regionen, die nicht am THG-Zertifikatehandel teilnehmen, effektiv benachteilt werden (bspw. +10% Aufschlag). Alle Handelsabkommen sowie die Zollpolitik von Deutschland und der EU sollen sich an einer adäquaten THG-Bepreisung ausrichten. Zölle aus Regionen außerhalb des Emissionshandels sollten durch entsprechende THG-Kostenzuschläge überkompensiert werden. Das schafft Anreize zur Teilnahme am Emissionshandel und rationalisiert die Zollpolitik in einer konfliktreichen Welt, da sie sich auf objektive, messbare, interessensunabhängige Größen (den THG-Emissionen) stützt und dadurch global nachvollziehbar ist.

Die Einbindung der Zentralbank in die Finanzierung des Emissionshandels dient der verstärkten Kopplung von Währung an natürliche Prozessen und (knappen) Gütern. Dadurch soll ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht im Zusammenwirken von Wirtschaft und Natur sichergestellt werden. Gleichzeitig behält die Zentralbank ihre Flexibilität für ihre anderen Aufgaben.

- Organisation des weltweiten THG-Emissionshandels

Die Organisation des weltweiten THG-Emissionshandels muss folgende Eigenschaften haben

- Dezentral
- Transparent
- Revisionssicher & irreversibel
- Sicher
- Vertrauenswürdig für einzelne Akteure mit stark unterschiedlichen Interessen

Begründung: Es muss sichergestellt sein, dass Personen, Unternehmen und Staaten dem Emissionshandel vertrauen können, auch wenn sie sich gegenseitig nicht vertrauen. Dies erfordert eine dezentrale, revisionssichere Organisation. Zudem muss gewährleistet sein, dass direkte Manipulationen (bspw. Illegale Erzeugung von neuen Zertifikaten) nicht möglich, sowie indirekte Manipulationen (Emissionen ohne Erwerb von Zertifikaten) nachvollziehbar und verfolgbar sind. Die Blockchain-Technologie kann ein adäquates Mittel zur effizienten Abwicklung sein. Dies ist zu prüfen.

- Klimawandel sozial gestalten

Durch die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft entstehen kurzfristig zusätzliche Kosten. Diese müssen sozial verträglich gestaltet sein. Hierzu sind vielfältige Maßnahmen möglich. Konkret fordern wir (zusätzlich):

- Sämtliche Subventionen von THG-Emissionen werden unmittelbar eingestellt.
- Investitionen in THG-neutrale Technologien und Güter sind für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen unverzichtbar und dürfen deshalb nicht der Schuldenbremse unterliegen.

- Die Menschen in den Emissionshandels-Regionen erhalten jedes Jahr eine Vorauszahlung in Höhe des pro Kopf THG-Budget für das kommende Jahr (entsprechend 1,5 °C Ziel)

- Die Menschen haben die Möglichkeit, THG-Zertifikate zu erwerben, um sich gegen in Zukunft steigende Preise abzusichern (dafür können sie bspw. auch die Vorauszahlung verwenden)

- Soziale Härten durch den Emissionshandel sind zu vermeiden. Dafür sind bspw. Einnahmen aus dem Emissionshandel einzusetzen. Der Umstieg auf THG-neutrale Technologien und Güter muss entsprechend der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Menschen staatlich unterstützt werden: Einkommensabhängige Unterstützung beim Umstieg auf klimaneutrale Güter

- Eigentümer*Innen von Gütern mit hohen THG-Emissionen (z. B. Heizungen, Autos, Flugzeuge) müssen:
 - bei der Anschaffung THG-Zertifikate für die erwarteten Emissionen über die gesamte Lebensdauer erwerben
 - Für bereits vorhandene Güter können sie ebenfalls Zertifikate für die noch zu erwartenden Emissionen kaufen
 - Kommen vollumfänglich für die THG-Kosten auf

- Klimaneutral wettbewerbsfähige Unternehmen sind bei der Transformation und den damit verbundenen Investitionen in THG-Technologien und Güter zu unterstützen

Begründung: Der THG-Emissionshandel führt kurzfristig zu ggf. stark steigenden Kosten (insb. Transformationskosten und Kosten aufgrund von Fehlinvestitionen in fossile Technologien). Daher sind zum einen sämtliche Anreize für Fehlinvestitionen (Subventionen fossiler Technologien) unmittelbar einzustellen. Zudem ist durch die genannten Maßnahmen sicherzustellen, dass verantwortungsbewusste Menschen bei dieser Transformation nicht allein gelassen werden. Insbesondere die Umstellung auf klimaneutrale Technologien, die Absicherung mittels Erwerb von Zertifikaten vor stark steigenden Preisen und die damit verbundene Einpreisung zukünftiger THG-Emissionen sind hierbei essenziell. Die Verpflichtung bei Neuanschaffung von Gütern mit signifikantem THG-Ausstoß, Zertifikate in Höhe der zukünftigen THG-Emissionen zu erwerben, führt

schon bei der Investitionsentscheidung zu deren Berücksichtigung. Zudem sichert der Besitz der Zertifikate die Besitzer*In und Nutzer*In (bspw. Mieter*Innen) gegen starke Preissteigerung in der Zukunft ab.

A26 Mehr Begegnungsräumen für Köln

Antragsteller*in: SB Kalk

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: Köln SPD

Antragstext

1 Wir fordern die Stadt Köln dazu auf, weitere unentgeltliche Begegnungsräume nach
2 dem Vorbild des Demokratie Space in Kalk einzurichten. Diese Räume sollen dem
3 gesellschaftlichen Austausch dienen sowie die Teilhabe aller am
4 gesellschaftlichen Leben ermöglichen. In diesen Begegnungsräume können sich
5 Bürger*innen frei versammeln, um sich zu organisieren, auszutauschen und
6 gemeinsame Projekte zur Stärkung der Demokratie voranzutreiben.

Begründung

Der Demokratie Space in Kalk, der vom Integrationshaus e.V betrieben wird, ist ein leuchtendes Beispiel für gelebte Demokratie und Inklusion in Köln. Menschen aller Altersgruppen und Hintergründe finden hier eine Plattform für soziale, kulturelle und bildungsbezogene Aktivitäten – von Erste-Hilfe-Kursen bis hin zu Kunstveranstaltungen und Umweltaktivismus.¹ Das Integrationshaus e.V. in Kalk hat gezeigt, wie wichtig kostenfreie Räume für Vereine, Initiativen und Bürgergruppen sind. Solche Räume entlasten bestehende Einrichtungen und ermöglichen es Menschen, sich selbst zu organisieren und gesellschaftliche Projekte voranzutreiben, ohne finanzielle Hürden.²

Die Organisation eines Treffens im Demokratie-Space in Köln könnte kaum einfacher sein: Auf der Website des Integrationshauses e.V. findet sich ein Kalender mit den verfügbaren Terminen. Man wählt einen passenden Termin aus, schreibt dem Verein eine kurze E-Mail und kann am Tag des Treffens den Schlüssel für den Raum abholen.³ Genau solche unkomplizierten Möglichkeiten zum Austausch brauchen wir mehr in Köln.

Die Erfahrungen des Integrationshauses zeigen, dass der Bedarf an solchen Räumen in Köln groß ist. Immer mehr Menschen und Gruppen suchen nach Orten, an denen sie ihre Anliegen voranbringen können. Es ist daher dringend notwendig, diese Nachfrage durch ein erweitertes Angebot an Begegnungsräumen zu decken. Begegnungsräume sind ein starkes Signal für gelebte Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir fordern die Stadt Köln auf,
ihrer Verantwortung gerecht zu werden und durch die Einrichtung weiterer solcher Räume einen

entscheidenden Beitrag zur Stärkung unserer demokratischen Gesellschaft zu leisten.

Quellen

- 1 <https://www.rundschau-online.de/koeln/kalk/koeln-projekt-demokratie-space-in-kalk-startet-im-juli-210031>
- 2 <https://www.choices.de/demokratie-space-kalk-interview>
- 3 <https://ihaus.org/blog/demokratie-space/>

A27 Laute Autos an der Merheimer Heide? Ruhe mit dem lärm!

Antragsteller*in: SB Kalk

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Merheimer Heide ist eigentlich ein schöner Ort in Köln Höhenberg. Die Heide
2 hat
3 Möglichkeiten zum Joggen, Tischtennis spielen und sich einfach zu aktivieren.
4 Doch
5 dieser Spaß wird getrübt, Denn Ruhe findet man in der Merheimer Heide
6 vergeblich. Das liegt an der Autobahn A3, welche direkt an der Heide
7 entlangführt und tagtäglich
8 den Lärm der heizenden Autos in die Heide bringt. Das bringt ein unangenehmes
9 Gefühl mit sich. Denn egal wo man ist, man hört die Autos und die Straße. Doch
10 es könnte auch anders sein, denn tatsächlich findet sich auf Seiten der
11 Wohnhäuser in Merheim eine ungefähr 1 km lange Lärmschutzwand an der Autobahn,
12 um die Bewohner*innen vor Lärm zu schützen. seitens der Merheimer Heide findet
13 sich diese jedoch nicht. Darum fordern wir jetzt eine Lärmschutzwand seitens der
14 Merheimer Heide, damit diese die Heide zu einem ruhigen Ort, sowie ein Zentrum
15 zum Abschalten wird.

Begründung

Die Errichtung einer Lärmschutzwand ist nötig für:

- Die Attraktivität der Heide: Eine ruhigere Umgebung lockt die Menschen in die Heide und schafft ein freundliches und ruhiges Umfeld.
- Daraus resultiert eine steigende Psychische Gesundheit der Menschen: Die Nutzung von Parks trägt immens zu einer zufriedeneren Gesellschaft bei. Dies trifft vor allem bei einer Gesellschaft mit niedrigeren Einkommen zu, welche wir in Höhenberg vorfinden.¹
- Zudem könnte die Heide als Ort der Lernmöglichkeit dienen z.B. für Schüle*innen, Auszubildenden und Student*innen: Wenn die Lärmschutzwand steht, und sich mit ruhe erholen kann sind uns mehr Möglichkeiten offen für eine schöne Ausgestaltung der Heide. Denn schöne Parks sind zudem auch wichtig für soziale Interaktionen untereinander und fördert somit auch ein besseres Miteinander.²

So wie die Merheimer Heide zurzeit ist, kann man nicht das Potenzial als Park und Kulturellen Raum der Gesellschaft würdig nutzen. Deswegen braucht es eine Lärmschutzwand

Quellen

- 1 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/psychologie-parks-statt-psychopharmaka-wie-die-natur-auf-den-menschen-wirkt-a-ce8aa811-9af4-4784-bd9e-99722bc514fe>
- 2 <https://www.bartos-galabau.de/parks-im-staedtischen-raum-so-wichtig-sind-gruene-erholungsinseln/>

A28 Einführung einer Steuer auf nicht realisierte Kapitalerträge

Antragsteller*in: SB Kalk

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

Um eine gerechte Besteuerung von Kapitalvermögen zu erreichen und die wachsende Vermögensungleichheit zu bekämpfen, fordern wir die Einführung einer Steuer auf nicht realisierte Kapitalerträge. Aktuell wird die Kapitalertragssteuer nur dann fällig, wenn Gewinne durch den Verkauf von Vermögenswerten realisiert werden. Wertsteigerungen, die nicht durch Verkauf realisiert werden, bleiben bis auf eine mögliche Vorabpauschale steuerfrei.

Begründung

Das Vermögen konzentriert sich weltweit und auch in Deutschland zunehmend bei einer kleinen Gruppe von Personen. Laut der Europäischen Zentralbank besaßen die reichsten 10% der Haushalte im zweiten Quartal 2024 60,9% des Gesamtvermögens^[1], während die ärmsten 50% lediglich 2,45% besaßen^[2]. Damit zählt Deutschland zu den Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit in Europa.^[3]

Während viele Menschen aufgrund der Inflation ihre Lebensqualität erheblich einschränken müssen, zeigt eine Hochrechnung der DZ Bank, dass das nominale Geldvermögen der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2024 um eine Billion Euro gestiegen ist. Dieser Zuwachs ist vor allem auf Kapitalerträge zurückzuführen. Davon profitieren vor allem reiche Haushalte, denn vermögensärmere Haushalte halten ihr Vermögen überwiegend in risikoarmen Anlagen, die kaum Kapitalerträge erwirtschaften (z.B. Sparbücher), während wohlhabendere Haushalte ihr Vermögen aus Kapitalmarktwerten (z. B. Unternehmensanteilen) und Sachwerten (z. B. Immobilien) beziehen^[4] (Sachwerte werden jedoch nicht zum nominalen Geldvermögen gezählt). Es investieren zwar 17,6% der Deutschen in Fonds, jedoch sind lediglich 6,7% Aktionäre.^[5]

Die Tatsache, dass nicht realisierte Kapitalerträge nicht besteuert werden, ermöglicht es Wohlhabenden, von steuerfreien Wertsteigerungen zu profitieren, während andere Einkommensarten, wie Löhne, kontinuierlich besteuert werden. Obwohl nicht realisierte Kapitalerträge nicht direkt in bar verfügbar sind, bieten sie dennoch einen erheblichen wirtschaftlichen Vorteil und fördern die Akkumulation von Vermögen.

Quellen

[1]<https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/DWA/DWA.Q.DE.S14..Z..Z.NWA.T10.PT.S.-N>

[2]<https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/DWA/DWA.Q.DE.S14..Z..Z.NWA.B50.PT.S.-N>

[3]<https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553236/vermoegen-im-europaeischen-vergleich/>

[4]<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2024/03/05-vermoegensungleichheit-in-deutschland-und-europa.html>

[5]<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1101655/umfrage/aktionaeersquot-e-in-deutschland/>

A29 Mobilitätshilfe an Stadtbahnhaltestellen zuverlässig gestalten

Antragsteller*in: SB Kalk

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: Köln SPD

Antragstext

1 Wir fordern von der Stadt Köln deutlich schnellere Reparaturen von Rolltreppen
2 und Aufzügen sowie niedrigschwellige und schnell verfügbare Alternativangebote
3 im Fall von Defekten oder Wartungsarbeiten, um Barrieren innerhalb der Kölner
4 ÖPNVs abzubauen und einen zuverlässigen Transport zu gewährleisten.

Begründung

„Menschen bewegen“ lautet der Slogan der KVB. Das dabei jedoch immer noch Menschen zurückgelassen werden, wird erst klar, wenn man die Barrieren der Stadtbahn in Kalk näher betrachtet. Dann wird klar, dass eine vollkommene Barrierefreiheit für Menschen, welche auf Grund von Behinderungen, Erkrankungen oder Verletzungen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, noch immer nicht gegeben ist.

Während die Stadt Köln in einer Beantwortung einer Anfrage im Frühjahr 2024 darauf verweist, dass von 16 Stadtbahnhaltestellen im Bezirk Kalk lediglich die Haltestelle Fuldaer Straße als nicht barrierefrei eingestuft sei[\[1\]](#), kommt es dennoch immer wieder zu häufigen schadensbedingten Ausfällen und Rolltreppen und Aufzügen.

Vor allem die Haltestelle Kalk Post ist hierbei immer wieder betroffen: Zurzeit ist laut der Internetseite der KVB der Bahnsteig mit Fahrtrichtung Kalk Kapelle weder mit Rolltreppe noch Aufzug zu erreichen. (Stand: 2. Januar 2025). Nach eigenen Angaben kann eine Rolltreppe oder ein Aufzug einen bis mehrere Tage defekt sein, bis es zu einer Reparatur kommt.[\[2\]](#)

Des Weiteren werden sowohl die Haltestellen Deutz Technische Hochschule und Fuldaer Straße von der KVB selbst als nicht barrierefrei eingestuft. Dem zu Folge ist von vier aufeinanderfolgenden Haltestellen der Linie 9 zurzeit lediglich eine für Menschen mit Mobilitätseinschränkung zugänglich.

Die Folgen sind vielfältig und werden meist von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen getragen, welche nun auf Umwege, Unterstützung durch Dritte oder teurere Alternativen wie zum Beispiel Taxis angewiesen

sind, um ihr Ziel zu erreichen. Während die Stadt Köln basierend auf medizinischen sowie finanziellen Voraussetzungen bis zu 250 Euro als monatliche Mobilitätshilfe zur Verfügung stellt[3], so kompensiert dies nicht den zeitlichen Mehraufwand, die schlechte Planbarkeit im Alltag sowie die Einschränkungen in der Selbstständigkeit, welche durch die Ausfälle für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen hervorgerufen wird.

Quellen

[1]https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=120462

[2]<https://www.kvb.koeln/service/barrierefreiheit.html#planung>

[3]<https://www.stadt-koeln.de/service/produkte/00518/index.html>

A30 Einführung eines digitalen Monitoringtools für Anträge und Beschlüsse

Antragsteller*in: SB Kalk

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Wir fordern ein digitales Monitoringtool, mit dessen Hilfe Mitglieder den
2 Bearbeitungsverlauf von Anträgen und Beschlüsse aus den Organen der NRW-Jusos
3 verfolgen können. Das Tool sollte Informationen über den Ursprung eines Antrags
4 oder Beschlusses sowie bisherige Abstimmungsergebnisse beinhalten. Zudem sollte
5 einsehbar sein, in welchem Gremium sich ein Antrag oder Beschluss zurzeit
6 bewegt. Des Weiteren sollte das Tool kostenlos und sicher auf verschiedenen
7 Betriebssystemen für Mitglieder nutzbar sein.

Begründung

Begründung:

Wir kennen sie, wir lieben sie und sie sind essenzieller Bestandteil unserer Verbandsarbeit: Anträge. Was wir dabei jedoch weniger kennen und lieben sind die Wege, die unsere Anträge durchlaufen, sobald sie unseren Unterbezirk oder Kreisverband verlassen. Ein zuverlässiger Informationsfluss bezüglich gestellter Anträge ist folglich wichtig, damit die Antragsarbeit nicht ins Leere verläuft.

Als Arbeiter*innenjugendverband sollten wir an uns selbst den Anspruch haben, unsere Verbandsarbeit niederschwellig, zugänglich und transparent zu gestalten. Dazu gehört auch das Bereitstellen von Informationen über die Arbeit unserer eigenen Mitglieder.

A31 Awareness-Konzept der Jusos Köln

Antragsteller*in: JUBV

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Als Jusos ist der Kampf für die Gleichbehandlung und gegen die Unterdrückung
2 aller Menschen zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

3 Wir stellen uns gegen Diskriminierung jeglicher Art und möchten ansprechbar für
4 Betroffene sein – und auch offen dafür, interne diskriminierende Strukturen
5 aufzuarbeiten.

6 Zudem möchten wir einen Raum schaffen, in dem sich alle wohlfühlen und einen
7 achtsamen Umgang miteinander pflegen. Wir wollen einen diskriminierungssensiblen
8 Bildungsauftrag formulieren und einen Beitrag dazu leisten, dass sich jede*r
9 wohlfühlt, sich bei den Jusos Köln einzubringen, ohne diskriminiert, ausgegrenzt
10 oder verurteilt zu werden.

11 Juso-Räume sollen ein Umfeld darstellen, bei dem wir lernen und erklären, was
12 Awareness bedeutet und wie wir uns unser Miteinander vorstellen. Dies umfasst
13 ebenfalls den Umgang mit diskriminierendem Verhalten, welcher auf der Grundlage
14 basiert, dass eine Person erstmal nicht böswillig diskriminierendes Verhalten
15 zeigt. Dementsprechend wird auf dieses Verhalten aufklärend durch die Awareness
16 AG reagiert.

17 Alle Teilnehmenden an Juso-Veranstaltungen sind dazu verpflichtet, für einen
18 Raum zu sorgen, der diskriminierungsfrei ist. Dabei gilt das Awareness Konzept
19 nicht nur bei offiziellen Veranstaltungen, sondern auch beim informellen
20 Zusammensein in Rahmen der Jusos Köln.

21 Das Awareness-Konzept hat nicht nur das Ziel, konkrete Fälle zu klären, sondern
22 soll auch das Bewusstsein für diskriminierende Strukturen und
23 Herrschaftsverhältnisse erhöhen.

24 Der Begriff „Awareness“ (engl. Bewusstsein) bezeichnet die (Selbst-)Reflektion

25 einer Person oder Gruppe über ihre Umgebung, ihre Rolle darin sowie die sich
26 daraus ergebenden gebotenen Handlungen. Mit der Etablierung des Awareness-
27 Konzepts bei den Jusos Köln möchten wir uns Ungleichheiten bewusst machen und
28 dementsprechend ein diskriminierungssensibles Umfeld schaffen. Dieses Awareness-
29 Konzept folgt dem Selbstverständnis, dass die körperliche und psychische
30 Missachtung körperlicher und persönlicher Grenzen in unseren Räumen nicht
31 toleriert wird. Dieses grenzüberschreitende Verhalten kann sich beispielsweise
32 in sexistischen, rassistischen, homo- und trans*feindlichen, ableistischen oder
33 vergleichbaren Übergriffen äußern (Liste nicht abschließend).

34 Wir benennen dieses Verhalten, stellen uns entschlossen dagegen und wollen vor
35 allem Betroffene unterstützen.

36 Die Awareness-AG

37 Selbstverständnis, Aufgaben und Machtbefugnisse

38 Neben den allgemeinen Regeln, wie wir den politischen Raum bei den Jusos Köln
39 gestalten möchten, braucht es eine Institution, welche sich auch außerhalb von
40 Veranstaltungen der Awareness-Arbeit annimmt. Die zentrale Institution des
41 Awareness-Konzepts bildet die Awareness-AG (im folgenden A-AG genannt). Sie
42 bildet das ständige Gremium der Awareness-Arbeit der Jusos Köln und sieht sich
43 als wichtiges, aber auch ergänzendes Element in der verbandsinternen Awareness-
44 Arbeit (im folgenden A-Arbeit genannt), bleibt gleichzeitig gegenüber dieser
45 aber kritisch und reflektierend.

46 Daraus ergeben sich folgende primäre Aufgaben:

47 1. Die A-AG soll eine vertrauliche und niedrigschwellige Anlaufstelle für
48 sämtliche Belange sein, die ein erlebtes Unwohlsein oder diskriminierendes
49 Verhalten im Rahmen der Jusos Köln betreffen. Damit soll ein einfacher,
50 möglichst unkomplizierter und hierarchiefreier Zugang geschaffen werden. Die A-
51 AG soll in diesen Situationen im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten
52 zuhören, unterstützend tätig werden oder auch im möglichen Konfliktfall
53 einschreiten. Weiter unten ist die A-Arbeit an sich genauer beschrieben.
54 Insgesamt werden die geteilten Informationen, Gefühle und Gedanken streng
55 vertraulich behandelt.

56 2. Neben der Funktion der A-AG als Anlaufstelle soll diese Aufklärungs- und
57 Sensibilisierungsarbeit leisten. Die Jusos sind ein vielfältiger Verband mit
58 unterschiedlichen Wissensbeständen, deshalb kann diskriminierendes Verhalten in
59 manchen Fällen unbeabsichtigt entstehen. Einerseits vor dem Hintergrund einen
60 möglichst diskriminierungsfreien bzw. sicheren Raum zu gestalten und
61 andererseits gleichzeitig ein fehlerfreundliches Lernumfeld zu schaffen, soll
62

63 die A-AG bspw. in Situationen die bereits genannte Aufklärungs- und
Sensibilisierungsarbeit übernehmen.

64 3. Zusätzlich soll die A-AG den Vorstand der Jusos Köln in der A-Arbeit
65 unterstützen und kritisch begleiten. Dazu berichtet die A-AG regelmäßig dem
66 Vorstand über die Arbeit (anonymisiert) der A-AG, macht auf bestehende
67 Missstände aufmerksam und kann Vorschläge zu Verbesserungen machen. Der Vorstand
68 der Jusos Köln ist dazu angehalten, auf diese Berichte und eventuelle Vorschläge
69 mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren und verpflichtet sich, in seinem
70 Rechenschaftsbericht darauf einzugehen.

71 Zusammensetzung der A-AG

72 1. Insgesamt soll die A-AG eine Größe von zwei bis drei Personen bestehen,
73 welche durch ein Mitglied des Vorstandes der Jusos Köln ergänzt wird. Dabei
74 handelt es sich um die*den Awareness-Beauftragte*n des Vorstandes. Diese*r wird
75 aufgrund der Funktion im Vorstand lediglich beratend und ohne Stimmrecht tätig
76 sein und gleichzeitig eine Anbindung an den Vorstand der Jusos Köln
77 gewährleisten.

78 2. Eine Quotierung der A-AG ist zwingend erforderlich, um eine entsprechende
79 Ansprechbarkeit zu gewährleisten bzw. die Hürden dafür so niedrig wie möglich zu
80 halten und eine entsprechende Sensibilität gegenüber Betroffenen zu ermöglichen.
81 Die Quotierung umfasst hierbei alle Mitglieder der A-AG. Die A-AG soll min. in
82 50% durch Frauen besetzt sein. Dazu sollte min. eine BIPOC-Person Teil der A-AG
83 sein, um auch hier eine gewisse Sensibilität und Ansprechbarkeit zu
84 gewährleisten. Im Sinne der Geschlechterdiversität verstehen wir die restlichen
85 Plätze nicht als Männerplätze, sondern wollen INTA-Personen empowern sich in der
86 A-AG einzubringen. Zudem wird angestrebt, auch queere Personen in die A-AG zu
87 wählen. Gleichzeitig ist bei der Quotierung zu beachten, dass auch Menschen ohne
88 eine Betroffenheit struktureller Diskriminierung Teil der A AG werden, damit
89 auch sie Care-Arbeit wahrnehmen können.

90 3. Die Zusammensetzung der A-AG zielt auf eine Mischung an Personen ab, die
91 bereits Erfahrung in der A-AG oder vergleichbaren Tätigkeiten sammeln konnten
92 und Personen, die an A-Arbeit herangeführt werden können, um eine stetige
93 Wissensweitergabe zu gewährleisten und A-Arbeit und das Awareness-Konzept stetig
94 weiter zu etablieren und ggf. zu überarbeiten. Aus diesem Grund kann eine Person
95 sich auch nur viermal hintereinander in die A-AG wählen lassen, bevor eine
96 mindestens sechsmonatige Pause eingelegt werden muss. Damit soll verhindert
97 werden, dass die A-AG eine eigene sich abschottende Struktur und Dynamik
98 entwickelt und somit eine effektive A-Arbeit erschwert.

99 Bestimmung der Mitglieder der A-AG

100 Die A-AG wird auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz (UBDK) per Akklamation
101 nominiert und anschließend vom amtierenden Vorstand ernannt.

102 Die Kandidat*innen für die Nominierung werden zwei Wochen vor der UBDK bekannt
103 gegeben, um die Möglichkeit für Einwände zu geben. Die Einwände können, auch
104 anonymisiert, dem amtierenden Vorstand, welcher die UBDK vorbereitet, werden.
105 Ausgeschlossen zur Nominierung in die A-AG sind Mitglieder des Vorstandes der
106 Jusos Köln und der höheren Funktionsebene, sowie Funktions- und
107 Mandatsträger*innen der SPD. Davon ausgenommen ist eine Person des Vorstands der
108 Jusos Köln, welche als Awareness-Beauftragte Teil der A-AG wird. Der*die
109 Vorsitzenden dürfen dabei nicht die Aufgabe der Awareness Beauftragung
110 wahrnehmen. Ehemalige Vorstandsmitglieder dürfen sich erst bei der ersten UBDK
111 ohne Funktion nach der Beendigung ihrer Vorstandstätigkeit zur Nominierung
112 aufstellen lassen. Weiter ausgeschlossen sind Personen, die Bestandteil von
113 Awareness-Fällen sind. Bei einem Rücktritt oder einem Ausschluss auf Grund von
114 gerechtfertigten Einwänden aus der A-AG, wird schnellstmöglich innerhalb der
115 Quotierung bei der nächsten Vorstandssitzung erneut nominiert. Diese Nominierung
116 muss mindestens zwei Wochen vorher über die Tagesordnung angekündigt werden.

117 Einwände gegen aktive Mitglieder der A-AG Einwände und Bedenken gegen aktive
118 Mitglieder der A-AG können entweder an die weiteren Mitglieder der A-AG oder an
119 ein Vorstandsmitglied weitergegeben werden. Sollte dieser Fall eintreten, wird
120 innerhalb des Vorstands in enger Abstimmung mit den weiteren Mitgliedern der A-
121 AG erörtert, wie die Folgen aussehen. Diese können u.a. die Abberufung der
122 betreffenden Person aus der A-AG durch den Vorstand sein, ein freiwilliger
123 Rücktritt aus der A-AG, sowie der Ausschluss zur erneuten Nominierung für die A-
124 AG.

125 Awareness-Konzept bei Veranstaltung und tatsächliche Awareness-Arbeit

126 Bei den Veranstaltungen der Jusos Köln soll zu Beginn der jeweiligen
127 Veranstaltung das veranstaltungsbezogene Awareness-Konzept erklärt werden, sowie
128 die für den jeweiligen Zeitraum zuständige Awareness-Personen (A-Personen), die
129 das Awareness-Team (A Team) bilden, vorgestellt werden. Bei Bedarf ist die
130 Vorstellung im Laufe der Veranstaltung erneut zu wiederholen. Bei der Erklärung
131 des Awareness-Konzepts soll insbesondere der Umgang miteinander betont werden,
132 sowie die Erreichbarkeit durch eine Telefonnummer. Zusätzlich werden die A-
133 Personen für die bessere Erkennbarkeit mit Patches oder anderen eindeutigen
134 Erkennungszeichen ausgestattet.

135 An geeigneten Orten, wie auf Toiletten, am Eingang, Türen zu
136 Veranstaltungsräumen, werden Flyer mit den Grundzügen des Awareness Konzepts und
137 der Telefonnummer ausgehängt. Darüber hinaus soll, wenn es der Veranstaltungsort
138 hergibt, ein Awareness-Raum fester Bestandteil sein. Dieser sollte nur durch das
139 A-Team zugänglich und vorher abgeschlossen sein. Der Awareness-Raum ist deutlich

140 ausgeschildert und mit Anzeigen ausgestattet, ob er gerade belegt ist. Im
141 Idealfall gibt es noch einen weiteren Raum, der als allgemeiner, offener
142 Rückzugsort fungieren kann. Die Organisation dieser Räumlichkeiten obliegt den
143 Verantwortlichen des Vorstands der Jusos Köln.

144 Der Aufgabenbereich des A-Teams besteht in seinen Grundzügen aus Beobachten,
145 sich einen Überblick verschaffen und Präsenz zeigen und verfolgt damit einen
146 eher passiven Ansatz der A-Arbeit. Dazu gehört jedoch auch, gegebenenfalls nach
147 einer Situation zu einer vermeintlich betroffenen Personen hinzugehen. Der
148 Anspruch ist allerdings nicht, dass A-Personen dazu verpflichtet sind, in aktive
149 Streitsituationen einzutreten. Die eigenen Kapazitäten, Grenzen und vor allem
150 der Eigenschutz sind stets zu beachten. Wichtig ist zusätzlich auch zu erwähnen,
151 dass von den A-Personen nicht verlangt werden kann, jede Situation korrekt zu
152 lesen und dementsprechend zu handeln. Die A-Personen sind nicht für eine
153 Konflikt- und Streitschlichtung oder psychologische Beratung zuständig.

154 A-Arbeit versteht sich für die Jusos Köln primär als Vor- und Nachsorgearbeit.
155 Das bedeutet, dass durch das ständige deutlich machen der Awareness Grundzüge
156 und Präsenz zeigen im Vorhinein verhindern werden soll, dass es zu
157 Zwischenfällen kommt. Sollte es zu einer Situation kommen, dann wird in
158 Absprache mit der betroffenen Person eine Umgangsweise ausgehandelt.

159 Auf Veranstaltungen wird vom A-Team konsequente Nüchternheit erwartet.
160 Nüchternheit ist aus verschiedenen Gründen existentiell für die Awareness-
161 Arbeit. Zum einen, um sensibel und entsprechend der Situation agieren zu können
162 und zum anderen durch das eigene Verhalten nicht abschreckend gegenüber
163 möglichen Hilfesuchenden zu wirken. Auch nach der Schicht wird den A-Personen
164 ausdrücklich nahegelegt, die Nüchternheit beizubehalten. Dies soll die
165 allgemeine Ansprechbarkeit von A-Personen gewährleisten und den allgemeinen
166 Safer-Space nicht gefährden.

167 Sonstiges

168 Schaffung von Safer-Spaces und Plena

169 Als feministischer Verband ist es elementar, unsere Positionen und Werte nicht
170 nur durch politische Arbeit nach außen zu tragen, sondern auch in unseren
171 eigenen Strukturen aktiv umzusetzen. Es ist traurige Realität, dass Männerbünde
172 immer noch das politische und innerverbandliche Leben dominieren und diese
173 Strukturen dazu führen, dass patriarchale Ausgrenzung und andere strukturelle
174 Diskriminierungen reproduziert werden. Um diese aufzubrechen, ist die
175 institutionalisierte Schaffung von sicheren Räumen oder Safer-Spaces dringend
176 notwendig. Zu solchen Räumen zählen u.a. Gender-Plena und
177 FINTA*Vernetzungstreffen. Die Schaffung dieser Räume ist frühzeitig bei der
178 Planung von Veranstaltungen mitzudenken. Die Durchführung der Plena findet in

179 räumlich voneinander abgegrenzten Orten statt, die getrennt voneinander
180 zugänglich sind. Wichtig ist, dass die Plena zeitgleich beginnen und enden.
181 Damit soll informelles Vernetzen im Männer-Plenum oder Zwangsouting verhindert
182 werden.

183 Gender-Plenum und Vernetzungstreffen FINTA*/Frauen-Plenum und Vernetzungstreffen

184 Das FINTA*-Plenum ist für Frauen, intersex, nicht-binäre, trans* und agender
185 Personen; (das * soll auf weitere Geschlechtsidentitäten hinweisen) offen. Das
186 Vernetzungstreffen und Plenum gilt als Schutzraum. Dies bedeutet, dass alles
187 gesagt werden kann und das Gesagte in diesem Raum verbleibt. Dies sollte von der
188 Moderation am Anfang deutlich gemacht werden. Die Moderation übernimmt eine
189 FINTA*-Person aus dem Vorstand oder der A-AG. Bei kleineren Plena kann zu Beginn
190 eine Vorstellungsrunde und Stimmungsabfrage erfolgen. Nach einer solchen Runde
191 kann es in den freien Austausch gehen, Teilnehmerinnen* können von sexistischen
192 Erfahrungen in ihrem Alltag oder ihrem politischen Engagement erzählen, Fragen
193 stellen etc. Bei größeren Runden kann auch direkt in einen freien Austausch
194 gestartet werden. Wenn sich herauskristallisiert, dass es auf der aktuellen oder
195 vergangenen Veranstaltungen zu einem schwerwiegenden sexistischen Vorfall
196 gekommen ist, den die Teilnehmer*innen des Plenums ansprechen möchten, kann dies
197 in anonymisierter Form in der großen Runde oder in einem Gespräch mit den
198 Betroffenen durch die Moderation des Plenums, eines Mitglieds der A-AG oder
199 eines Mitglieds aus der Runde geschehen. Wichtig ist hierbei, dass die
200 Betroffene(n) diesem Verfahren zustimmen müssen. Wenn gewünscht, kann das
201 FINTA*-Plenum durch eine Benachrichtigung über die A-AG Themen in das Männer-
202 Plenum geben, welches dann verpflichtet ist, sich damit zu beschäftigen. Dies
203 können allgemeine Anmerkungen bis zu konkret individuellen Verhalten sein. Mit
204 der Übergabe an die Awareness-AG ins Männer-Plenum müssen Männer ihrer
205 Aufarbeitungs- und Reflexionsverantwortung gerecht werden.

206 Zudem bieten die Jusos Köln regelmäßige Vernetzungstreffen für FINTA, die in
207 Form verschiedener Formate realisiert werden können. Diese werden vom Roten
208 Salon organisiert. Der Rote Salon ist gemäß der Satzung der Jusos Köln eine
209 autonome Arbeitsgemeinschaft ausschließlich für Frauen*. Der Rote Salon ist für
210 den gesamten Unterbezirk zuständig.

211 Männer-Plenum

212 Im Gegensatz zum FINTA*-Plenum dient das Männer-Plenum nicht zur Vernetzung und
213 stellt keinen Schutzraum dar. Es dient vielmehr zur Selbstreflexion und
214 Auseinandersetzung mit Männlichkeit, sexistischem Verhalten und
215 Diskriminierungen. Es geht hier um aktive antisexistische und feministische
216 Bildungsarbeit. Das Männer-Plenum ist vorher vorzubereiten, damit eine
217 inhaltliche Auseinandersetzung gewährleistet wird. Die Leitung übernimmt in der
218 Regel ein männliches Vorstandsmitglied oder eine männliche Person aus der A-AG.

219 Die Leitung übernimmt hier eine wichtige Moderationsrolle und soll dabei
220 sicherstellen, dass der Zweck intersektionaler feministischer Bildungsarbeit
221 erreicht wird und nicht durch zusammenhanglose Vernetzung von Männern vereitelt
222 wird. Zudem soll die Leitung wiederholt auf die bestehende feministische
223 Beschlusslage hinweisen und dafür sorgen, dass diese nicht in Frage gestellt
224 oder diskutiert wird. Zur inhaltlichen Diskussion sind andere öffentliche Räume
225 vorgesehen, wie die Antragsberatung oder Workshops. Es gibt keine Männer-
226 Vernetzungstreffen. Für den Fall, dass das FINTA*-Plenum mehr als die
227 vorgesehene Zeit benötigt, obliegt es der Plenumsleitung, die feministische
228 Bildungsarbeit weiterzuführen. Dies sollte mit vorbereitet werden.

229 Queer-Plenum

230 Um Menschen der queeren Community einen Raum für Austausch und Vernetzung zu
231 geben, wollen wir bei Seminaren die Möglichkeit für ein Queeres Plenum bieten.
232 Dafür wird bei den angemeldeten Teilnehmer*innen nach dem Bedarf abgefragt und
233 je nach Resonanz umgesetzt.

234 BIPOC-Vernetzung und Critical Whiteness

235 Die Jusos Köln verpflichten sich im besonderen Maße, einen sicheren Raum für
236 BIPOCs zu schaffen. Rassismus ist allgegenwärtig und findet sich auch in unserem
237 Verband wieder. Daher soll regelmäßig eine BIPOC-Vernetzung stattfinden. Zur
238 antirassistischen Arbeit gehört ebenfalls das regelmäßige Reflektieren der
239 Privilegien von weißen Personen. Deshalb wird im Zeitraum der BIPOC-Vernetzung
240 ein Critical Whiteness Workshop stattfinden.

241 Umgang mit Awarenessfällen

242 Trotz aller Maßnahmen zur Prävention kommt es auch innerhalb von Juso-Strukturen
243 leider immer wieder zu Awarenessfällen. Solche Fälle stellen immer komplexe
244 Situationen dar, die es erfordern, zuzuhören und dann mit den betroffenen
245 Personen zusammen zu entscheiden, welche Konsequenzen sich aus einer solchen
246 Situation ergeben sollen. Für uns steht das Wohlbefinden der betroffenen
247 Person(en) an erster Stelle. Wir nehmen daher alle Betroffenen ernst und suchen
248 den Kontakt in einer vertrauensvollen Atmosphäre, um das weitere Vorgehen zu
249 erörtern. Dabei gehört es ausdrücklich auch zu den Handlungsmöglichkeiten,
250 zunächst einmal nicht über das Geschehene sprechen zu wollen und erst zu einem
251 späteren Zeitpunkt eine Situation aufzuarbeiten. Wir respektieren außerdem die
252 Definitionsmacht der Betroffenen darüber, was für sie ein übergriffiges oder
253 unangemessenes Verhalten darstellt.

254 Wird in Übereinkunft mit dem*der Betroffenen entschieden, die weitere Klärung
255 eines Vorfalls zu anzustreben, etablieren wir ein vertrauliches Verfahren,
256

257 welches es Betroffenen ermöglicht, das Erfahrene zu verarbeiten und den
258 beschuldigten Personen die Möglichkeit eröffnet, ihr Verhalten zu reflektieren
259 und entsprechende Konsequenzen innerhalb der uns als politischem Jugendverband
260 gesetzten Grenzen zu ziehen. Die A-AG wird dabei zunächst allein von der
261 betroffenen Person oder einer von der betroffenen Person bestimmten
262 Vertrauensperson über einen Awareness-Vorfall unterrichtet. Die betroffene
263 Person wird dabei über die möglichen Handlungsoptionen aufgeklärt. Die
264 Awareness-beauftragte Person im Vorstand wird unter Wahrung der Vertraulichkeit
265 des Falles über den Stand des Verfahrens informiert. Im Anschluss daran wird
266 auch mit der/den beschuldigten Person(en) ein Gespräch gesucht bzw. die
267 Möglichkeit einer Stellungnahme zum Vorfall eingeräumt. Sofern es der Fall
268 zulässt und die betroffene Person dies wünscht, können daraufhin weitere
269 Einzelgespräche sowie Mediationsgespräche stattfinden. Sollte das Verhalten der
270 beschuldigten Person(en) so schwerwiegend sein, dass weitere Schritte von der
271 betroffenen Person gewünscht sind, können auch weitere verhältnismäßige
272 Konsequenzen angestrebt werden. Diese sollen auch eine Reflektion von
273 unangemessenem Verhalten ermöglichen und Angebote zur diskriminierenden
274 Weiterbildung enthalten. Nicht möglich sind jedoch unter anderem
275 Parteiausschlussverfahren sowie Sanktionen, die die allgemeine Handlungsfreiheit
276 von Personen betreffen (z.B. Alkoholverbot, Besuch von öffentlichen
277 Veranstaltungen). Gleichwohl wird das Aussprechen dringender
Handlungsempfehlungen vorbehalten.

278 Der Juso-Unterbezirksvorstand wird beauftragt, die Institutionalisierung dieses
279 Awareness-Konzepts durch einen Satzungsänderungsantrag bei der nächsten
280 regulären UBDK einzubringen.

A32 Arbeitsprogramm 2025

Antragsteller*in: JUBV

Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 DIESE STADT MUSS UNSER' SEIN!

2 Dieses Arbeitsprogramm bildet die Grundlage der politischen Arbeit des Juso
3 Unterbezirksvorstandes Köln im Kalenderjahr 2025. Inhaltliche Schwerpunkte sowie
4 strukturelle Grundlagen sind Kern dieses Programms und müssen vom Vorstand
5 umgesetzt werden. Über die Umsetzung wird zum Ende der Amtszeit Rechenschaft
6 abgelegt.

7 BUNDESTAG, STADTRAT & BEZIRKSVERTRETUNG - JUSOS IN DIE PARLAMENTE!

8 Vor uns liegt ein anspruchsvolles Jahr mit zwei für uns Jusos besonders
9 wichtigen Wahlen. Zum einen die Bundestagswahl im Februar und zum anderen die
10 Kommunalwahl im September. Wir Jusos sind mit einigen aktuellen inhaltlichen
11 Positionen der SPD nicht einverstanden. Es gibt aber auch junge Kandidierende
12 mit stabilen Überzeugungen, für die sich jeder Wahlkampf lohnt. Gerade für diese
13 Menschen wollen wir Wahlkampf machen. Für die Bundestagswahl ist das in Köln
14 unsere Bundestagsabgeordnete für Kalk, Porz und die nördliche Innenstadt, Sanae
15 Abdi. Für die Kommunalwahl sind das die von den Kölner Jusos nominierten Juso-
16 Kandidierenden. Denn nur mit vielen Jusos in Verantwortung können bestehende
17 Strukturen verändert und Juso-Ideen in politische Entscheidungen verwandelt
18 werden.

19 STARKE ARBEITSKREISE UND STADTBEZIRKE!

20 Der Arbeitskreis Klima und Umwelt hat vorgemacht, was Arbeitskreise für den
21 Verband leisten können und wie sinnvoll die Arbeit in diesen Strukturen sein
22 kann. An diesen Erfolg möchten wir anknüpfen und in Zukunft noch stärker auf
23 Arbeitskreise setzen. Überall da, wo ausreichend Interesse besteht und die
24 Arbeit in Arbeitskreisen sinnvoll erscheint, unterstützt der JUBV den Aufbau von
25 Arbeitskreisen und benennt jeweils ein JUBV-Mitglied als Ansprechperson. Ziel
26 muss es sein, ein möglichst breites Feld an Themen abbilden zu können.

27 Die Stadtbezirke sind das Fundament der Jusos Köln und sind somit für unsere
28 Arbeit als Unterbezirk unverzichtbar. Für den Austausch zwischen den
29 Stadtbezirken gibt es den monatlich stattfindenden Stadtbezirksgipfel, um Fragen
30 vor Ort unmittelbar klären zu können, nimmt auch der JUBV immer mit mindestens
31 einer Person an den Treffen teil. Umgekehrt nimmt mindestens eine Person pro
32 Stadtbezirk an den Sitzungen des JUBV teil. In Porz und Chorweiler haben wir
33 aktuell keine handlungsfähigen Juso-Strukturen. Gleichzeitig sind das auch die
34 beiden Stadtbezirke, in denen die AfD innerhalb des Kölner Stadtgebiets aktuell
35 am stärksten abschneidet. Besonders mit Blick auf die Kommunalwahlen gibt es
36 hier also dringenden Handlungsbedarf. Die dortigen Jusos müssen bei der
37 Neuaufstellung ihrer Strukturen unterstützt und gefördert werden. Falls
38 notwendig, geht die Initiative dabei vom JUBV aus.

39 **BILDUNGSSARBEIT - FÜR DIE GUTEN IDEEN VON MORGEN!**

40 Bildungsarbeit ist eine der Kernaufgaben unserer Verbandsarbeit. Im kommenden
41 Jahr werden wir uns im Rahmen von Bildungsveranstaltungen mindestens mit den
42 folgenden Themen befassen: Kölner Kommunalpolitik, Wohnen, Stadtentwicklung,
43 Klima- und Umweltschutz, Feminismus, Antirassismus, Antifaschismus, Außen- und
44 Sicherheitspolitik und Wirtschafts- und Finanzpolitik.

45 Die Themen können je nach Bedarf und Interesse entweder durch Arbeitskreise oder
46 im Rahmen von Politikabenden des JUBV behandelt werden.

47 **GEDENK- UND AKTIONSTAGE!**

48 Ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist die Aktivität auf der
49 Straße und im Netz. Ob es um die Unterstützung politischer Positionen oder die
50 Solidarität gegenüber Initiativen und Bündnissen geht – Ausdruck unseres Willen
51 diese Gesellschaft zu verändern ist das Lautsein. Dabei ist die Unterstützung
52 der Juso-Stadtbezirke essentiell, wenn wir allen Mitgliedern die Teilnahme
53 ermöglichen und besonders breit in der Stadtgesellschaft auftreten wollen. Im
54 kommenden Vorstandsjahr nehmen wir daher an mindestens folgenden Gedenk- und
55 Aktionstagen teil:

- 56 • Feministischer Kampftag
- 57 • Welttag gegen Rassismus
- 58 • Gedenktag zum Attentat von Hanau

- Tag der Arbeit
 - Gedenktag für die Opfer der NSU-Anschläge in Köln (Keupstraße & Probsteigasse)
 - Gedenktage an die Opfer des NS-Regimes
 - Reichspogromnacht
 - Gedenktag für die Opfer des Völkermords an Sinti*zze und Rom*nja
 - Holocaust Gedenktag
 - CSD und IDAHOBIT

GRUNDLAGEN UNSERER VERBANDSARBEIT!

Die Jusos sind der Modernisierungsmotor der SPD – deshalb liegt es in der Verantwortung des Juso-Unterbezirksvorstandes regelmäßig die eigenen Strukturen zu hinterfragen und sie gemeinsam mit den Mitgliedern auszubauen. Dafür ist eine angenehme Diskurs- und Arbeitsatmosphäre unabdingbar, welche durch die Einhaltung und Durchsetzung des Rabbich-Kodexes seitens des Vorstandes gewährleistet werden muss: [Rabbich-Kodex](#).

Zu den bestehenden Strukturen und alten sowie neuen Arbeitsaufträgen zählen:

- Politikabende und Feierabende
 - Sorgfältige Neumitgliederarbeit und gezielte Ansprache inaktiver Mitglieder
 - Beständige Pressearbeit

- 79 • Langfristige Bündnisarbeit
- 80 • Betreuung der Homepage und Social-Media-Kanäle
- 81 • Austausch und Vernetzung mit anderen Juso-Unterbezirken bzw.
- 82 Kreisverbänden
- 83 • Konstituierung und Unterstützung von Arbeitskreise
- 84 • Unterstützung der Stadtbezirke und Arbeitsgemeinschaften
- 85 • Mobilisierung zu Veranstaltungen der NRW Jusos